

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

274 (25.11.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gezeichnete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterfüllung des Abnahmepfandes, bei geschäftlicher Unterbrechung und bei Konturs außer Kraft tritt. O. G. Erläuterungen und Geschäftsbedingungen im Anhang. L. D. O. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jung, Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2,20 Mark o. Ohne Zustellung 1,90 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfach 2950 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Januar 1920 und 1921 o. Postfach 3111 Karlsruhe, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Kaffee, Rosenstraße Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 274

Karlsruhe, Mittwoch, den 25. November 1931

51. Jahrgang

Eine Kampfreden Severings

Ein erbärmlicher Hund, wer Angst hat

Der preußische Minister des Innern, Karl Severing, sprach am Dienstagabend in einer Kundgebung der republikanischen Jugend in Berlin. Severing führte u. a. aus:

Es ist für mich sozusagen eine Auffrischung, unter der Jugend zu sein. Man erteilt uns Zensuren, man sagt, daß wir vor allem die Machtmittel des Staates gewinnen müssen: Die Reichswehr und die Polizei. Wenn das nicht in allem gelungen ist, so liegt es an denjenigen, die man nach der Gründung der Republik rief, und die nicht kamen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich verleihe, daß Menschen, die vier Kriegsjahre durchgemacht hatten, nicht mehr die Knarre auf den Boden nehmen wollten. Trotzdem aber handelten sie falsch. Und was damals falsch war, ist heute nicht richtig. Man kann der Reichswehr durch Bewilligung des Etats die materielle Basis geben, aber es bedarf auch der geistigen Basis. Man wird die Reichswehr nicht gewinnen, wenn man sie durch eine übermäßige und lieblose Kritik verprellt. (Lebhafte Beifall.)

In der Frage der Polizei habe ich 1919 dem preußischen Innenminister Heine gewisse Vorschläge zum Aufbau unterbreitet. Danach ist damals in Preußen gehandelt worden. Immerhin darf man die Schwierigkeiten nicht vergessen, die uns damals durch den Friedensvertrag und die interalliierten Kommissionen zugebracht und mit denen wir damals befaßt wurden. Ich billige es, daß die Jugend kritisiert, aber sie scheint mir etwas zu spät aufgestanden zu sein. Hätten wir früher eine aktivere, freierwilligere Studentenschaft gehabt, es wäre besser gewesen. Wenn beide, Regierte und Regierende aus begangenen Fehlern lernen, dann müßte es mit dem Teufel ausgehen, wenn wir die Republik nicht vorwärts bringen. Bei der Ausgabe von Parolen trete ich mit den Kommunisten und Nationalsozialisten nicht in Wettbewerb. (Stürmische Zustimmung.) Wer vor der eventuellen, aber entfernten liegenden Möglichkeit, daß der Faschismus die Macht ergreift, Angst hat, der muß ein erbärmlicher Hund sein. (Anhaltende Begeisterung.) Kommt der Faschismus, so kämpfen wir weiter, weil wir wissen, daß es sich um einen müßigen Traum, um eine Umnebelung handelt. In kalter Entschlossenheit stehen wir da. Wir wissen, daß der faschistische Sturm an dem Felsen

erschellen wird, den wir bilden. Unser ist die Zukunft! Unser der Sieg über die finsternen Mächte des Mittelalters! (Stürmische Zustimmung.)

Prahlerien der Hochverräter

Hitler hat seine Reichsleitung durch neue Abteilungen erweitert. Die eine nennt sich „Ingenieurtechnische Abteilung“, an deren Spitze mit dem Rang eines Amtleiters der „Zinsbrecher“ Feder gestellt wird. Gleichseitig wurde Feder in den neu gebildeten Wirtschaftsrat berufen, der der wirtschaftspolitischen Abteilung als beratende Körperschaft angegliedert wurde. Zu ihren sieben Mitgliedern zählt auch der braunschweigische Innenminister Klages. Neu geschaffen wurde ferner eine Abteilung für Arbeitsdienstpflicht, die von dem Remondörder Schulz auf Grund seiner Erfahrungen bei der schwarzen Reichswehr geleitet wird.

In einer Bräuhäuserversammlung hat Feder seine fanatisierten Zuhörer mit der Erklärung aufgepuscht, daß die marxistischen Bonzen noch im Jahre 1931 vor den Staatsgerichtshof des Dritten Reichs, dem er selbst angehören werde, zitiert und abgeurteilt würden. Darauf wurde ihm aus der Versammlung berichtigend zugeordnet: „1932“. Lächelnd erwiderte Feder: „Ich meine schon 1931, ich habe mich nicht verprochen. Dieses Gericht wird noch im Jahre 1931 herinbrechen.“ Worauf dem großsprecherischen Heher stürmische Ovationen zuteil wurden.

Verschiebung der Abrüstungskonferenz?

Genf, 25. Nov. (Funkdienst.) In Genf verlautet hartnäckig, daß der Beginn der Abrüstungskonferenz um einige Monate verschoben wird. Offiziell behauptet man dagegen, trotz aller Gerüchte, daß die Abrüstungskonferenz im März beginnt.

Sozialdemokratischer Präsident im sächsischen Landtag

Dresden, 24. Nov. (Sig. Drabt.) Der sächsische Landtag wählte am Dienstag den sozialdemokratischen Abgeordneten Gen. Wedel zu seinem Präsidenten. Damit ist die Würde der Reichspartei, Wedel durch einen bürgerlichen Präsidenten zu ersetzen, gescheitert.

Preisgerede und Lohnattacke!

Die Regierung Brüning glaubt seit einhalb Jahren an das Rezept der Unternehmerverbände zur Überwindung der Wirtschaftskrise, das mit verschiedenen Umschreibungen immer wieder in der Forderung der Lohnsenkung gipfelt. Seit einhalb Jahren wird das Rezept auf dem Gebiete der Lohnpolitik praktisch angewendet, seit ebenso langer Zeit werden die Lohnsenkungen mit schönen Reden begleitet über die notwendigen Maßnahmen zur Senkung der gebundenen Preise. Auf dem Gebiete der Löhne ist eine Abbauwelle der anderen gefolgt.

Die Preise, die sich im freien Markte bilden, sind natürlich während der Wirtschaftskrise auch zu einem gewissen Grade gesunken, aber die Einwirkung auf die durch Monopolstellungen irgend welcher Art gebundenen Preise, die sich einem neuen Preis- und Lohnniveau nicht anpassen, ist wenn man von einigen Kleinigkeiten absteht, immer ein patierendes Versprechen geblieben. Im Juli 1930 schon hat sich die Reichsregierung im Rahmen ihrer ersten Notverordnung weitgehende Vollmachten zu Eingriffen gegenüber unwirtschaftlichen Preisbindungen geschaffen. Sie hat sich daraufhin vom Reichswirtschaftsrat Gutachten erlassen lassen. Sie hat auf einer Reihe von Gebieten sehr klare Empfehlungen für die Notwendigkeit von Eingriffen in die Kartellpreise erhalten, aber sie hat von einer kleinen Aktion auf dem Gebiete der Markenartikel abgesehen, niemals den Willen gezeigt, mit Entzagen gegen überhöhte Monopolpreise vorzugehen. Ihre Energie erschoßte sich offenbar in der Förderung des Lohnabbaues.

Man kann deshalb nur mit größtem Mißtrauen dem Teil der aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats von der Reichsregierung selbst abgeleiteten Richtlinien gegenübersehen, in dem unter der Ueberschrift „Preisbildung“ wiederum nach etlichen unerbittlichen Bemerkungen über die Anpassung der gebundenen Preise an ein neues Preisniveau die „Unvermeidlichkeit“ der Senkung der Löhne und Gehälter proklamiert wird.

Die Erfahrung von mehr als einem Jahr hat gelehrt, daß man mit der Lohnsenkungsmaschine nicht zu der versprochenen Verminderung der Arbeitslosigkeit gelangt ist, sondern daß die deutsche Wirtschaft trotz der ausgiebigen Anwendung dieses Unternehmerrezeptes immer tiefer in das Krisenloch hineingeraten ist. Gegenwärtig wird die Lohnsenkungsforderung besonders gerne begründet mit der Notwendigkeit der Konkurrenzfähigkeit gewisser deutscher Industrien gegenüber der Veränderung auf den Exportmärkten durch die Abwertung des englischen Pfunds und die Einführung englischer Schutzölle. Es ist aber vollkommen hoffnungslos, den Kampf um einzelne gefährdete Absatzgebiete der Ausfuhrindustrie mit dem Mittel der Lohnsenkung führen zu wollen. Denn hier handelt es sich um eine Schraube ohne Ende. Jede neue deutsche Lohnsenkung führt nur zu einer neuen Verschärfung der Abwehrmaßnahmen gegen deutsche Waren aus ausländischen Märkten, die mit der Parole des Lohnabbaus bequem begründet wird. Auf der anderen Seite bedeutet, von allen sozialen Folgen abgesehen, jede neue Lohnabbauwelle eine neue Schranke für den Massenabsatz am deutschen Innenmarkt. Damit bedeutet sie wiederum eine weitere Einschränkung der Produktion, die auf weiten Gebieten durch den immer geringeren Ausnutzungssatz der Produktionsanlagen trotz der Lohnsenkung zu einer Erhöhung anstatt zu dem erstrebten Abbau der Gestehungskosten führt. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Sie kann sich erst dann verringern, wenn durch Preisenkungen, die über das Maß der Lohnsenkungen hinausgehen, die Massentaufkraft allmählich wächst und dadurch Anregungen zur Erweiterung der Produktion geschaffen werden.

Das alles sollte man aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt haben. Aber der Wille, bei dem alten Rezept zu bleiben, ist offenbar härter als die Bereitschaft zum Lernen. Man betont immer wieder die Parole von der unvermeidlichen Senkung von Löhnen und Gehältern und ändert nicht einmal die fanatische Mussst von der Auflockerung der Preisbindungen, denn da man es entgegen den letzten Jahren immer wieder von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erhobenen Forderungen über unterlassen hat, ein wirksames Instrument der staatlichen Monopolkontrolle aufzubauen, wird man auch jetzt bei dem geplanten Vorgehen gegen überhöhte Preise mit höchster Wahrscheinlichkeit wieder im Sumpf stehen bleiben. Aber selbst, wenn man sich endlich aufraffen würde, gegen monopolistische Preispositionen mit allen Mitteln, auch mit dem Mittel von Zollaufhebungen, vorzugehen, so würde das nur eine notwendige Korrektur in den Preisrelationen bedeuten, aber es würde keineswegs zu einer solchen Senkung der Lebenshaltungskosten führen, die neue nominelle Lohnsenkungen ohne Beeinträchtigung der realen Massentaufkraft ermöglichen würde.

Es besteht also aller Anlaß, den Richtlinien mit größtem Mißtrauen zu begegnen und sich gegen die neue Attacke auf Löhne und Gehälter zur Wehr zu setzen. Vielleicht noch schlimmer als die neue drohende materielle Attacke auf das Lohnniveau sind aber die Andeutungen, die über den Weg, den man bei der neuen Attacke zu gehen gedenkt, auch in den Richtlinien enthalten sind.

Es ist in Deutschland allmählich zum Sprachgebrauch geworden, daß jede Befürwortung einer praktischen Maßnahme mit dem Bekenntnis beginnt, daß man „grundsätzlich“ für das Gegenteil sei. Wenn jemand eine Rede damit beginnt, daß er grundsätzlich für den freien Handel sei, so kann man mit Sicherheit damit rechnen, daß er eine Schutzforderung begründen will. Wenn jemand damit beginnt, daß er ein grundsätzlicher Gegner der Inflation sei, so entwickelt er sicher im Anschluß daran die schönsten Projekte der inflatorischen Kreditvermehrung. Dementsprechend ist auch jedes

Friedenskundgebung in Reims

Deutsche Frontkämpfer herzlich in Frankreich empfangen

Zu einer gewaltigen Kundgebung der vom Kriege am schwersten betroffenen Verbände der Kriegsteilnehmer und Angehörigen vieler Länder gestaltete sich der Friedenstag, der an der Stätte unerbörter verlustreicher Kämpfe und entsetzlicher Zerstörung stattfand, in der Stadt Reims.

Mitglieder des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten sowie Vertreter des Reichsbanners waren der Einladung jener Frontkämpfer des Marnebezirks gefolgt, die vor wenigen Monaten zu einem Besuch in Stuttgart gewandt hatten. Sie gingen jetzt hin in die Stadt, die, obwohl nach den schweren Vernichtungen im ganzen wieder aufgebaut, zwischen den neuen errichteten Straßen noch die Spuren alter Zerstörung trägt. Sie sind zu den Massenarabern und den Friedhöfen hinausgefahren, wo die Opfer des unheimlichen Weltkrieges ruhen. Auf der deutschen Grabstätte in Veru und an dem Denkmal der französischen Gefallenen in Sillery hatten sie Strauß niedergelegt und zusammen mit den französischen Kameraden das Gedenken jener unheilvollen Tage des Krieges und der Verdienste begangen, die nicht wiedererleben dürfen, wenn die Menschheit zur wahren Freiheit aufsteigen soll.

Wer Gelegenheit hatte, an diesen ersten Handlungen teilzunehmen, wer ferner den ebenso rührenden wie begeisterten Empfang mitmachen durfte, den die französischen Kriegsteilnehmer den deutschen Freunden bereitet hatten, für den waren diese Tage ein Erlebnis seltenster Art.

Zum erstenmal hat eine offizielle deutsche Kriegsoberdelegation in der „Märtyrertadt“ ein Zusammenreffen mit Vertretern der französischen, der amerikanischen, der englischen und der belgischen Frontkämpfer veranstaltet dürfen, das eine große Teilnahme bei den Bewohnern von Reims auslöste und ein lebhaftes Echo auch bei der Bevölkerung der bereits erwähnten Städte fand.

Anderer Orte wie die Stätten des Champagner-Weinbaus, Veru, Verdun, wo gaben gastliche Empfänge, und mehr als einmal ereignete es sich, daß ganz spontan aus dem Volke Männer und Frauen auf uns zukamen und tränenden Auges uns die Hände schüttelten, um zu danken, daß wir mit ihnen uns in der Propaganda gegen Krieg und Gewalt zusammenfinden. Ueberall trat das Erlebnis des persönlichen Zusammenstehens in den Vordergrund; endlich einmal saßen sich an der Stätte der Zerstörung Deutsche und Franzosen in die Augen, um sich gemeinsam auszusprechen über das, was der einzelne im Leben und Erleben seines Alltags zur Förderung des Friedenswerkes beitragen kann. Es waren unerschöpfliche Stunden.

Selbstverständlich waren unter den deutschen Delegierten zahlreiche Sozialisten, französische Genossenschaftsfreunde empfingen sie bereits am Bahnhof von Reims, um ihnen die Hand zu schütteln. Es war ein Augenblick ihrer Erhellung, als in einem engen Saale zwischen roten und schwarz-goldenen Fahnen, begrüßt von einer deutschen Inhaberin:

„Deutsche Kameraden, seien Sie willkommen, alles für den Frieden!“

die französischen Freunde uns ihren Willkommengruß entboten. Die Genossen Cellier für die Partei von Reims, Beisitzer für die sozialistische Jugend, Peltier für die Lehrer und Bernheim als sozialistischer Gemeindevertreter, hielten Anreden, die nicht nur erhebend durch ihre Bekenntnisse und durch Versicherung der Solidarität waren, sondern die darüber hinaus ein Verständnis für die bedrückte Lage der deutschen Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie in dem gegenwärtigen Abwehrkampf ausdrückten, wie es selbst in unsern eigenen Reihen nicht immer anzutreffen ist.

Zwischendurch bemühten sich unansetzend die Führer, der französischen Frontkämpferbewegung, besonders Herr Jacquart und Herr Guillot darum, den deutschen Kameraden einen Einblick in das Leben zu vermitteln, das sie in Reims und im Lande überall wirklich gern gesehen wurden. Der Bürgermeister von Reims selbst empfing die Frontkämpferdelegationen. Bei dem Bankett war es der Unterpfand von Reims, der — selbst schwerkranker Beschädigter — namens seiner Regierung die Teilnehmer an dem Friedenstag begrüßte.

Eine Stunde der Sammlung und der Solidarität war am Sonntag vormittag der gemeinsame Aufmarsch an dem überaus würdigen Gedenkmoment der Stadt Reims, wo die Vertreter der erwähnten fünf Nationen große Kränze und Strauß niedergelegten. Erhebend war auch der Ausklang der Tagung, die Kundgebung in der riesigen Halle von Reims, wo mindestens 5000 Mitkämpfer sich versammelten und dazu Delegationen aus fast allen Teilen Frankreichs.

Unter den französischen Rednern war es insbesondere Herr Cassin, der Vertreter der französischen Kriegsbeschädigten beim Völkerverbund, der in überaus sachlicher und doch fesselnder Weise eine vernünftige Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem übte und die Notwendigkeit einer wirklich aktiven Völkerverbundspolitik in den Vordergrund stellte. Lebhaft Beachtung fanden auch die Worte des Vertreters des Reichsbundes, Pfänder (Berlin), und des österreichischen Genossen Kreindl, des Vizepräsidenten der Internationalen Frontkämpfer-Organisation; beide ernteten wiederholt jubelnde Zustimmung der französischen Demonstranten. Einstimmig fand folgende Entschließung Annahme:

„Die führenden Kriegsteilnehmer aus den am Krieg beteiligten westlichen Ländern, Deutschland, England, Österreich, den Vereinigten Staaten, Portugal und Frankreich, haben sich in Reims versammelt und konstatierten, daß sich ihre Anwesenheit in Reims gegen die See richtet, durch welche die Völker unter Ausbeutung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Krise gegeneinander getrieben werden sollen.“

Gerade hier inmitten der kaum wieder aufzurichteten Ruinen erklärten sie feierlich ihren Willen einer internationalen Wiederbegegnung inmitten einer starken Friedensorganisation, durch die jedes Volk auf Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität zählen kann.“

Landtagseröffnung

Wahl des Präsidiums - Abg. Reinhold (Soz.) 1. Vizepräsident - Auflösung der Fraktion der Wirtschafts- und Bauernpartei - Wahl der Ausschüsse - Mandatswechsel Minister Schmitt Staatspräsident - Eine ernste Mahnung des Staatspräsidenten Vertagung

Misträuen am Platze, wenn es in den Richtlinien zunächst heißt, daß der „Grundriss“ des Tarifvertrages erhalten bleiben muß, und wenn man dann am Ende dieses Abschnittes von der „Ausforderung der Tarifverträge“ spricht, bei denen drückende Verschiedenheiten, zeitliche Veränderungen, branchenmäßige und betriebliche Unterschiede und die Leistungsunterschiede der einzelnen Arbeitnehmerkategorien insbesondere zu berücksichtigen seien. Unterzeichnet sich die Ausforderung, die hier unter all diesen Gesichtspunkten geplant wird, wirklich noch wesentlich von einer Festsetzung des Tarifrechts? Die Regierung muß sich darüber im klaren sein, daß der Kampf gegen diese Ausforderung des Tarifrechtes, gegen die der Reichstag sich in seiner letzten Tagung mit großer Mehrheit und in aller Eindeutigkeit in einer Entschließung ausgesprochen hat, nicht deshalb auch nur um einen Grad geringer erbittert geführt werden wird, wenn man den Angriff mit einem landesüblichen Befehlsbescheid zum Grundsatze der Erhaltung dessen, was man zerstört, begleitet.

So bleibt, von allen Einzelheiten abgesehen, der entscheidende Eindruck des Dokuments, mit dem die Arbeiter dieses in aufreißendem Mißverhältnis aus neunzehn Unternehmen und sechs Gewerkschaften zusammengesetzten Wirtschaftsbeirates abgeschlossen sind, die Erkenntnis, daß hier nicht ein neuer Wille zu gesunder gemeinschaftlicher Arbeit an der Krisenüberwindung geschaffen wurde, sondern der Auftakt für neue schwere soziale Kämpfe, in denen die Arbeiterklasse ihre eigenen Interessen und zugleich die Interessen der gesamten Wirtschaft unter Einsetzung aller Kräfte zu verteidigen haben wird.

Gewerkschaftsring und Wirtschaftsbeirat

Der Gesamtverband des freiwirtschaftlichen Gewerkschaftsringes nahm den Bericht seines Vertreters im Wirtschaftsbeirat über den Verlauf der Verhandlungen entgegen und gab seiner Enttäuschung über das Ergebnis Ausdruck. Eine vom Gewerkschaftlichen Freisprecher vertretene einstimmige Entschließung besagt, die von der Reichsregierung formulierten Forderungen seien, daß man nicht bis zu den Kernfragen der Krise vorgehen solle. Solange immer nur einseitig an Lohn und Gehalt herangegangen würde, müsse sich die katastrophale Schrumpfung des Inlandsmarktes fortsetzen. Wenn der deutschen Wirtschaft nur der Weg einer allgemeinen Senkung aller Gestehungskosten ließe, dann sei eine Durchbrechung vorausgesetzt, die mindestens die jetzige Kaufkraft des Arbeitnehmereinkommens erhalte. Dieses Ziel könne die Reichsregierung erreichen, wenn sie den härtesten Druck auf alle anderen Selbstkostenfaktoren ausübe. Der Gewerkschaftsring erwarte, daß sich die Reichsregierung allen entgegenstehenden Arbeitsverhältnissen verschleie. Er warne vor Erlass der Notverordnungen noch einmal eindringlich vor jeder Fortsetzung der für die ganze Wirtschaft verhängnisvollen Politik der einseitigen Massenbesetzung.

Aus der Sozialdem. Reichstagsfraktion

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm am Dienstag den Bericht seiner Unterhändler über die Verhandlungen mit dem Reichsminister Dr. Brüning entgegen.

In der Aussprache wurden in erster Linie die durch die Thesen der Reichsregierung über die Gestaltung des Tarifrechtes und den Lohnabbau sich ergebenden Gefahren für die Lebenshaltung der Massen des Volkes erörtert. Einstimmig gebilligt wurde die entschiedene Warnung des Vorstehers der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Reichshaus, mit der die letzten Besprechungen mit der Reichsregierung eingeleitet wurden. Eine Ausbühnung des Tarifrechtes und eine weitere Senkung des Reallohnes verschärft die innerpolitischen Spannungen, führe zu weiterer wirtschaftlicher Verschlechterung und Arbeitslosigkeit und erhöhe die Gefahr des Bürgerkriegs. Entsprechend dem Beschlusse des Reichstages vom 16. Oktober seien alle Pläne auf Ausbühnung des Tarifrechtes abzulehnen und die Angriffe auf die Unlösbarkeit des Tarifvertrages abzuwehren. Die nächste Tagung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird am 1. Dezember stattfinden.

Kathenau und Loucheur

Feststellungen in der französischen Außenpolitik

Paris, 24. Nov. (Eig. Drabt.) In der Kammer wurde am Dienstag nachmittags die außenpolitische Debatte fortgesetzt, nachdem der Präsident Buisson dem verstorbenen Abgeordneten Loucheur einen warm empfundenen Nachruf gewidmet hatte, indem er über den Abschluß des Wiesbadener Schlichtungsabkommens zwischen Loucheur und Kathenau sagte:

„Die beiden Männer, die zwei Jahre nach dem Verfall der Vertrag dieses Abkommens unterzeichnet hatten, mit dem gleichen aufrichtigen Wunsch, zwischen Deutschland und Frankreich gesunde und normale Beziehungen zu schaffen, von denen beiden Europäern mußte der eine — Kathenau — kurze Zeit später sein Leben lassen von einer fanatischen, von Haß erfüllten Mörderhand getroffen, der zweite, Loucheur, ist heute, nachdem er seine Bemühungen trotz immer größerer Schwierigkeiten fortgesetzt hatte, brutal einem Werk entrissen, dem er alle seine Fähigkeiten und seine Intelligenz gewidmet hatte.“

In der Außenrede griff der Sozialist Rivière vor allem den Kriegsminister Maginot an, der während des Pariser Aufenthalts von Brüning und Curtius eine Rede gehalten hatte, in der er erklärte, so lange er Kriegsminister sei, werde er dafür sorgen, daß an dem jetzigen Stand des französischen Heeres nicht gerüttelt werde. Außerdem beschwerte sich Rivière darüber, daß in Zeiten schwerer Verhandlungen mit Deutschland im Osten Frankreichs große Manöver abgehalten wurden. Durch derartige Reden und Manöver werde der Abrüstungsgedanke sabotiert und die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland nur gestärkt. Das Anwachsen des Nationalsozialismus sei eine Beunruhigung, aber man dürfe nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie mit ihren Millionen Wählern den Frieden und die Republik in Deutschland energisch verteidigen. Endlich wandte sich Rivière gegen das französische Abrüstungsabkommen und bemerkte dazu, daß Frankreich mit dem Argument der Sicherheit Mißbrauch treibe und daß es die großen Weltprobleme in einem zu engen nationalen Geiste behandle.

Die Rede wurde von den Sozialisten und Radikalen mit großem Beifall aufgenommen.

Am Vormittag hatte die Kammer mit der Prüfung des Gesetzentwurfs über die Ausführung großer öffentlicher Arbeiten zwecks Verminderung der Arbeitslosigkeit begonnen. Der Finanzausschuß der Kammer hat den Regierungsentwurf bedeutend erweitert, so daß aus den ursprünglich vorgesehene Arbeiten in Höhe von drei Milliarden, solche von vierhundert Millionen geworden sind.

Beschränkte provinzielle Autonomie für Indien

London, 24. Nov. Der tatsächliche Mißerfolg der Rundfunkkonferenz wird seinen äußeren Ausdruck in einer Gesetzesvorlage über Indien finden, die die englische Regierung Anfang nächster Woche dem Parlament vorzulegen gedenkt. Der Gesetzentwurf sieht zwar, wie verlautet, für die indischen Provinzen ein gewisses Maß von Autonomie vor; jedoch erhält Indien keine verantwortliche zentrale Selbstregierung, sondern es wird nur das bereits früher gegebene Versprechen über die künftige Errichtung einer verantwortlichen Zentralregierung in einer Präambel der Vorlage wiederholt.

Auftakt wie üblich! Am Vormittag Gottesdienst bei der Konferenz, verschiedene Fraktionsreden, Koalitionsbesprechungen. Das Haus festlich beflaggt. Die Abgeordneten fast vollständig anwesend. Tribünen und Logen besetzt, wie zu einem „aroben“ Tag. Dabei ist diese erste Sitzung alljährlich im November jenseits nur eine Formfrage, loszulassen ein notwendiges Übel. Laut Besetzung muß im November der Staatspräsident neu gewählt werden. Es ist dies auch die einzige wichtige Arbeit, neben einigen Kleinigkeiten, die der Landtag heute zu leisten hat. Dann geht es schon wieder in die Ferien, bis Anfang Januar, wo dann mit der Beratung des Staatshaushalts die Hauptarbeit des neuen Tagungsabschnitts beginnen wird.

Unten in der Volksvertretung, im „Plenum“ hat es einige Veränderungen gegeben. Bekanntlich hat sich die Wirtschafts- und Bauernpartei aufgelöst, hauptsächlich um den Selbstmord dem späteren Aufstößen vorzuziehen. Die zwei Abgeordneten mit dem besten „Rieser“ haben sich zu den Nationalsozialisten geschlossen, die nun eine Fraktion von 8 Köpfen bilden. Wenn die beiden Herren, Hagin und Schmidt, Bretten die den Anschlag zu Hitler geführt und gefunden haben, auch keine übertragenden Parlamentarier waren, so waren und sind sie immer die in der Volksvertretung mit einigem Können und Willen, die im Hause mitarbeiten und sich in die Geschäftsordnung fügen, was man von ihren jetzigen Fraktions- und Parteifreunden befallend keineswegs behaupten kann. Wir sind überzeugt, es ist den einen wie den anderen, den Schmidt-Hagin, wie den Wagner-Köhler die neue Mischung gleich unbegehrlich. Herr Schmidt und Herr Hagin haben sich zu den jüngeren Herren ihrer neuen Partei angeschlossen.

Der Rest der Wirtschafts- und Bauernpartei, die Herren v. Au, Herman, Spielmann und Hilbert ging auf Suche nach Anschluss. Er wurde für 3 Mann gefunden bei der Deutschen Volkspartei, mit der nun diese 3 Abgeordneten eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft bilden wollen. Abgeordneter Hilbert hat sich zum Zentrum geschaalen. Die Wirtschaftspartei an sich bleibt aber, was sie immer war, sie ist nicht demokratisch, nicht liberal, sie steht nicht rechts, sie steht nicht links, sie ist gar nichts, ein politisches Zwitwergen, also das getreue Spiegelbild des deutschen Spekters! Hoffentlich ist der Fallfall, den sich die Deutsche Volkspartei aufzulaufen, nicht allzu groß, damit der Regierungskurs nicht einen Weg nimmt, auf dem die Sozialdemokratie nicht mehr mitgehen könnte.

Die Tagesordnung widelte sich ruhig und ohne Störung ab. Präsidium und Ausschüsse werden im alten Bestand wiedergebildet; es gab nur wenige Veränderungen. Staatspräsident für das kommende Jahr ist wieder Justizminister Dr. Schmitt. Herr Böning wird zur Abkühlung seiner Gefängnisstrafe freigegeben, Abg. Steinel hat sein Mandat niedergelegt. Minister Dr. Mattes wäre sein Nachfolger, er übernimmt das Mandat und überläßt sein altes Mandat im Bezirk Emmendingen seinem Parteifreund Reiter, einem Fabrikanten in Lahr. Dann verläßt sich das Haus. Morgen werden die neuen Kandidaten in Freiburg beschickt und im Januar soll dann die eigentliche Arbeit beginnen. Der Auftakt war also kurz und schmerzlos! h. w.

1. Sitzung

h.w. Karlsruhe, 24. Nov. 1931.

Kurz nach 4 Uhr eröffnet 1. Vizepräsident Reinhold die Sitzung. Als erster Tagungsordnungspunkt kommt zum Vortrag

Wahl des Landtagspräsidiums

Summ Präsidenten schickte Abg. Dr. Jöhr den Abg. Duffner vor. Da die Kommunisten der Wahl per Affirmation widersprachen, muß mit Stimmzettel abgestimmt werden. Es sind 80 Wähler abwesend, 68 stimmen ab, davon erhielt Abg. Duffner (Soz.) 63 Stimmen, Abg. Böning erhielt 4 Stimmen, Abg. Galer 1. Abg. Duffner nimmt das Amt mit Dank an und übernimmt das Präsidium.

Zum 1. Vizepräsidenten wird Abg. Reinhold (Soz.) mit 57 Stimmen gewählt, zum 2. Vizepräsidenten Abg. Dr. Waldes (D. Volksp.) mit 54 Stimmen. — Zu Schriftführern werden die bisherigen Abgeordneten gewählt: Bergö, Fischer-Konstant, Dr. Dorn, Frau Fischer-Karlsruhe, Amann und Gwald.

Bei der Wahl der Ausschüsse

macht Abg. Ledebier dem Antrag seiner Fraktion auf Vertretung in den Ausschüssen geltend; ebenso erheben die Deutschnationalen und der Evangelische Volksdienst Einspruch. Ein diesbezüglicher Antrag wird abgelehnt. — Die Wahl der verschiedenen Ausschüsse wird dann ohne weitere Diskussion angenommen; im wesentlichen ist die Zusammenlegung die gleiche wie im letzten Landtag.

Die Verteilung der Sitzplätze nimmt geraume Zeit in Anspruch. Eine Unmenge Mitteilungen, Anträge, förmliche Anfragen und 28 Gesetze liegen vor.

Zwei trockene Berichte erstatteten die Abg. Seibert und Hofmann, ersterer über die Prüfung der Rechnungen für das Rechnungsjahr 1930 der Anstaltsverwaltung, letzterer über die Rechnung des Domänenamtes im gleichen Zeitraum. — Beide Berichte werden zur Kenntnis genommen. — Die Sitzung wird hier um 1/2 Uhr abgebrochen und Weiterberatung auf 6 Uhr festgesetzt.

Um 6 Uhr tritt das Haus wieder zusammen. Die Ausschüsse haben sich konstituiert, der Präsident gibt die Namen der Vorstehenden, Stellvertreter und Schriftführer bekannt.

Mandatswechsel

Abg. Mentz berichtet über die Mandatsniederlegung des Abg. Steinel. Abg. Steinel hat sein Mandat niedergelegt, an seine Stelle werde Minister Abg. Dr. Mattes treten, der aber bereits im Wahlbezirk Emmendingen-Lahr bisher gewählt ist. Dr. Mattes übernimmt nun das freigebliebene Mandat des Abg. Steinel und verzichtet auf sein Mandat in Emmendingen-Lahr. An seine Stelle tritt Fabrikant Erik Reiter-Lahr. Das Haus stimmt dem Mandatswechsel zu.

Das Justizministerium ersucht um Genehmigung zur Durchführung der Strafverfolgung an dem Abg. Böning. Der Ausschuß beantragt, dem Eruchen des Justizministeriums stattzugeben. Das Haus beschließt demgemäß, nachdem Abg. Bod (Komm.) in scharfer Weise gegen den Antrag gesprochen hatte. Demokraten, Deutschnationale und Nationalsozialisten enthalten sich der Stimme. Abg. Bod ruft: Das werden wir Ihnen heimzahlen! — Die Sitzung wird hierauf geschlossen und die nächste Sitzung auf 6.30 Uhr anberaumt.

2. Sitzung

Auf der Tagesordnung der 2. Sitzung stand als einziger Gegenstand die

Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters. Der Vertrauensmännerrat schickte als Staatspräsident den Justizminister Dr. Schmitt und als dessen Stellvertreter den Innenminister Kaiser vor. — Zur Wahlmännerrat hat Abg. Dr. Schmittknecht (D.) die übliche Protestrede; Eindruck macht er nicht!

Die Wahl erob: Mit 58 Stimmen wird Justizminister Dr. Schmitt zum Staatspräsidenten und mit der gleichen Stimmenzahl Minister Kaiser zum Stellvertretenden Staatspräsidenten gewählt. Präsident Duffner begrüßt die Minister zu ihrer Wahl.

Staatspräsident Dr. Schmitt

macht folgende Ausführungen:
Ich darf den heutigen Anlaß benutzen, um hier noch zwei Gedanken zum Ausdruck zu bringen, von denen ich annehme, daß sie Ihnen allen gerade heute am Herzen liegen. Das eine ist die Freude über die eifrige Tätigkeit aller Volksgenossen im Dienste der

Winternotfälle.

Das Staatsministerium hat es unternommen, die 10 großen Hauptverbände der freien Volkswirtschaft zusammenzuführen und sie zur badischen Notgemeinschaft zusammenzuschließen. Wir hoffen, daß durch die praktische Zusammenarbeit ein engeres, und daß die Gesamtorganisation im Laufe der Zeit von sich aus eine feste und dauernde Gestalt erhält. Mit regem Eifer haben alle Volksgenossen gegeben, gesammelt, Hilfe geleistet, verteilt und einmalig oder dauernde Geldpenden ausgelast und geleistet. Es ist eingewisser einseitlicher Zug in das ganze Land heringekommen. Ich darf dabei im Namen des Staatsministeriums und auch in Ihrem Namen all den Helfern und Gebern freudigen Dank aussprechen dafür, daß sie mit uns bestrebt sind, alle Volksgenossen gegen Hunger und Kälte zu schützen; ich darf aber die weiter dringliche Bitte aussprechen, sich auf diesem Gebiete ebenso wie bisher weiter zu betätigen, selbst für den Fall, daß die Einrichtung der Badischen Notgemeinschaft eine dauernde Organisation bleiben und sich als solche auch betätigen müßte.

Und nun noch ein anderer Gedanke, der allerdings im Gegensatz zu der soeben genannten Bruderhilfe sehr unerfreulich ist, nämlich der

Bruderkampf

und die Hege, die in ganz Deutschland und deswegen auch in Baden sich bemerkbar macht und die in vielen Kreisen tiefe Bitterkeit erzeugte. Das Ziel dieser Bewegung ist die Zerteilung des Volkszensus und die Verarmung der Obrigkeit. Selbst die an die Torschweller der Gefängnisse wartet sich die Befestigung heraus. Gegen Andersdenkende werden fruchtlos immer wiederholende Tatsachen öffentlich behauptet, obwohl die Verantwortlichen schon bei Anwendung geringster Sorgfalt von vornherein die ganze Unrichtigkeit erkennen müßte, welche sie dann später selbst ausgehen müßte, nachdem sie allerdings die Tat vollbracht haben. Eine kleine badische Zeitung hat dieser Tage schwere und drohende Kritik an dem Urteil eines Schöffengerichts, als eines Volksgerichts geübt, obwohl die Zeitung selbst erklärt, sie kenne den neuen Gerichtshof. Die gestellten strafbaren Tatbestand nicht. Im Schrift und Wort, die Zeitungen und in Versammlungen werden Redewendungen gebraucht, die sehr hart an das Strafgesetzbuch greifen. Ich über den Strafrichter noch nicht erlärten können, die aber von den Volksgenossen in den Versammlungen so geäußert werden, als wären von der Seite gemeint sind. Ja, seit längerer Zeit acht man zu Täuschungen über, man greift Volksgenossen grundlos an, es fließt Blut, man tötet den Mitbürger, ja, man vergreift sich sogar an die Organen der Polizei und des Gerichtsvollzugsdienstes. Ein Gerichtsvollzieher wird grundlos niedergeschlagen, der treu und gewissenhaft seine Pflicht im Dienste eines anderen privaten Volksgenossen erfüllt hat. Ja, man geht noch weiter, in einer Eingabe an die Behörde wird eine solche ruchlose Tat verurteilt und dem Oberstaatsanwalt gedroht, der nächste Schuß sollte ihm — Man schämt sich heute den rücksichtslosen Beamten.

Meine Dame und Herren! Die Regierung bedauert mit Ihnen diesen moralischen Tiefstand; sie wird alle Mittel daransetzen, um ihre pflichttreuen Beamten gegen solche Verhöhnungen, Verleumdungen und Drohungen zu schützen. Alle beunruhigenden Elemente bittet die Regierung, die Ruhe zu bewahren, die wir brauchen, damit die Reichsregierung rüchert nach außen verhandeln kann. Die Unbefonnenen warnen die Regierung und weist darauf hin, daß sie alle Maßnahmen erlassen und alle Nachmittage anwenden wird, die ihr zur Verfügung stehen und zu deren Anwendung sie auf Grund der Verfassung verpflichtet ist. Die Regierung hat die Aufgabe, ebenso wie das früher, besonders in dem schweren Winter 1918/19 und 1923/24 geschehen ist, in erster Reihe das Leben und die Gesundheit aller zu schützen, das Eigentum zu sichern und Ruhe und Ordnung zu schaffen und sich für den öffentlichen Volkswirtschaften — besonders in dem kommenden Weihnachtsmonat — einzusetzen. Die Regierung vertraut auf ihre Wehrmittel. Die badische Polizei und Gendarmen hat sich als sichere und zuverlässige Stütze der Regierung und der Verfassung erwiesen. Die treu und hingebende Pflichterfüllung der Führer und Beamten in diesem Dienst verdient Anerkennung und Dank. Seien Sie überzeugt, der badische Polizeibehörden ist jeder Mißbrauch gewachsen, welche der kommende Winter an ihn stellen wird.

Die Rede des Staatspräsidenten wurde von vielem Hört-Hört-Rufen unterbrochen und findet am Schluß Beifall bei den Regierungspartei. — Damit war die Tagesordnung auch dieser Sitzung erschöpft. Präsident Duffner schließt um 7 Uhr die Sitzung, die nächste Sitzung wird vom Präsidenten festgesetzt werden, voraussichtlich Januar.

Sozialdemokratische Fraktion

In ihrer ersten Sitzung zum Landtagsbeginn konstituierte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion aufs neue. Ohne Widerspruch wurde der bisherige Fraktionsvorsitz einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Gen. Abg. Staatsrat Rüdert, 2. Vorsitzender Gen. Abg. Reinhold, 3. Vorsitzender Gen. Abg. Markloff, Schriftführer Gen. Abg. Seid, Kassier Gen. Abg. Graf.

Die sozialdemokratische Fraktion in den Ausschüssen In den verschiedenen Landtagsausschüssen ist die sozialdemokratische Fraktion mit folgenden Mitgliedern vertreten:
Gehaltsauschuß: Seid, Kubbaum, Reinhold, Rüdert; Stellvertreter: Weismann, Graf, Kraft, Trinks.
Gesetze und Verordnungen: Wehner, Fischer, Geisweiser, Kurt; Stellvertreter: Arnold, Grohmann, Dürr, Kraft.
Rechtsprechung und Verwaltung: Graf, Markloff, Trinks, Weismann; Stellvertreter: Frau Frieder, Rüdert, Kurt, Kraft.
Gesundheitsauschuß: Rüdert, Kubbaum, Rüdert, Grohmann; Stellvertreter: Reinhold, Rüdert, Wehner, Dürr.
Vertrauensmännerrat: Graf, Rüdert; Stellvertreter: Reinhold, Weismann.

Freistaat Baden

Die Morgenzeitung in Baden-Baden verwirrt

Dr. Karlsruhe, 24. Nov. Der Minister des Innern hat auf Grund eines in der Morgenzeitung in Baden-Baden Nr. 272 vom 21. November 1931 erschienenen Artikels „Glossen zur Landtagswahl in Baden“, der eine Beleidigung und böswillige Verächtlichmachung von Staatsbehörden enthielt, gegen dieses Blatt eine Verwarnung ausgesprochen mit dem Hinweis, daß im Falle weiterer Verstöße ein Verbot der Zeitung gefordert werden müsse.

Abg. Böning verhaftet

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Böning, der, wie er bekanntlich, zur Verbüßung seiner ihm substituierten Gefängnisstrafe in vier Monaten von den Kriminalbehörden gelöst worden war, wurde heute abend gegen 8 Uhr beim Verlassen des Landtagsgebäudes von der Kriminalpolizei verhaftet. Er wurde in das Gefängnis eingeliefert.

Dieser famose kommunistische Held spielt eine unsagbar blamable Rolle. Zuerst ein großes Mundwerk und theatralisches Auftreten vor den verböhrten Anhängern, dann demütigende Bittgänge in den Amtsstuben und zum Schluß feine Aufreißerei und jämmerliche Bittgänge, unter die schüßende Decke der Immunität zu kriechen. Wahrhaftig, ein trauriger Geisel!

Soldätespiel oder Bürgerkriegsmanöver

Aus dem Bäckertal wird uns geschrieben: Eine Uebung mittelbadischer Stahlhelmer in feldgrauer Uniform, die eine Abteilung Nationalsozialisten soll daran beteiligt gewesen sein, wurde am letzten Sonntag auf dem Gelände des Buchhofes abgehalten. Nach Beendigung derselben marschierten sie in geschlossener Formation wieder ab. Es handelte sich meistens um etwa fünfzig Leute, die natürlich nicht wissen, wie das Soldätespiel zu befehlen ist.

Mannheimer Handelskammer fordert Senkung der Telephongebühren

Wie die N. B. L. hört, hat die Handelskammer Mannheim vor längerer Zeit den Deutschen Industrie- und Handelsstag in Berlin ersucht, beim Reichspostministerium vorzutreten, um eine wesentliche Senkung der Fernsprechtgebühren zu erreichen.

Rheinregulierung und Winternot

Am 1. November wird bekanntgegeben: Die Arbeiten der Rheinregulierung zwischen Kehl und Rhein haben schon gute Fortschritte gemacht. Sie umfassen von Kehl anwärts eine Strecke von zwölf Kilometern, von Breitsch aufwärts 22 Kilometern. Auf den Bauarbeiten sind zur Zeit im ganzen 1200 Arbeiter beschäftigt. Der Baubetrieb wirkt noch weit darüber hinaus auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsverhältnisse der Rheingemeinden. Für die Beschaffung von Maschinen, Bruchsteinen, sonstigen Baustoffen und Geräten finden rund 1000 Arbeiter Beschäftigung, so daß im ganzen je nach der Witterung im Winter bis zu 2200 Arbeiter durch die Rheinregulierungsarbeiten ihr Brot verdienen. Durch die Lieferung von 600 000 Stück Faschinen aus den Gemeinden und Staatswaldungen von Neuenburg bis hinunter nach Kehlburg kommen während des Winters Verdienste in die Gemeinden und willkommenen Einnahmen in die Gemeindefinanzen. Mehrere 200 000 Faschinen werden aus pfälzischen Waldungen hergestellt. Die verarbeiteten Einzelfaschinen, zu denen zahlreiche Brücke hergestellt sind, betragen in diesem Jahre 110 000 Kubikmeter. Auch die Zudruckerbetriebe, die Eisenbahn und die Schifffahrt haben Vorteil von diesen Lieferungen. Ein Unternehmen wie die Rheinregulierung, bei dem verhältnismäßig viel Handarbeit vorkommt, eignet sich besonders zur Beschäftigung von Erwerbslosen und kommt der Erwerbslosenfürsorge durch den Träger der Sozialversicherung zugute. Die wirtschaftliche Auswirkung ist um so günstiger, als Deutschland nur mit 40 v. H. an den Gelanztansgaben der Rheinregulierung beteiligt ist.

Hochschulgebühren

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Entsprechend der in den letzten deutschen Hochschulländern getroffenen Regelung mußten auch die badischen Hochschulgebühren mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 neu festgelegt werden. Ueber das Ausmaß der damit verbundenen Gebührenerhöhung werden in der Bevölkerung weitverbreitete Gerüchte verbreitet. Es seien deshalb nachstehend die wichtigsten Veränderungen bekanntzugeben: Die Immatrikulationsgebühren betragen bei der erstmaligen Immatrikulation 30 RM, gegen 20 RM, bei früherem Besuch einer anderen deutschen Hochschule bis 10 RM, bei späterem Besuch 10 RM. In Preußen betragen diese Gebührenerhöhungen 30 RM. Die allgemeine Studiengebühr wurde von 10 RM auf 20 RM erhöht; ebenso wurde die Gebühr für Unterrichtsstunden mit Demonstrationen nach einem Besuch der Hochschule von 5 RM auf 10 RM erhöht. Gleichzeitig wurde aber das Stipendium für die übrigen Unterrichtsstunden von 3 RM auf 5 RM erhöht, so daß die tatsächliche Erhöhung der gesamten Studiengebühren sich für den Durchschnitt wesentlich ermäßigt. Für die Praxista gelangt ein Zulassung von 10 Prozent zur Erhebung, außerdem für Studierende der geisteswissenschaftlichen Fächer eine Seminargebühr von 5 RM. Wenn auch angesichts der gesteigerten Kosten der Bevölkerung die Gebührenerhöhung zu bedauern ist, so bleiben doch die Gebühren der badischen Hochschulen recht erheblich unter den Sätzen der meisten übrigen deutschen Hochschulen; es sei beispielsweise darauf hingewiesen, daß die preussische Studiengebühr — bei niedriger Höhe des Satzes für die einzelnen Vorlesungsstunden — 100 RM beträgt. Trotz der erhöhten Studiengebühren muß die Allgemeinheit auch heute noch ganz erhebliche Aufwendungen für die Unterhaltung einzelner Studierender aufbringen. Für minderbemittelte begabte Studierende ist wie bisher eine erhebliche staatliche Hilfe durch Honorarnachschuß und Stipendienvergabe vorgesehen.

Aus aller Welt

Bandit Rossi ergibt sich der Polizei
MILAN, 24. Nov. Der Bandit Rossi hat sich der Polizei ergeben.

Zugentgleisung in Amerika
New York, 24. Nov. Ein Zug mit einer Ladung von Rennpferden entgleiste, wobei sieben Personen und 15 Pferde getötet wurden.

Disziplinarverfahren gegen die Leitung der Hamburger weiblichen Kriminalpolizei
MILAN, 24. Nov. Der Senat hat gegen die Leiterin der hiesigen weiblichen Kriminalpolizei, Frau Regierungsrat Erfa, das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entlassung beantragt. Im Sommer dieses Jahres hatten, wie seinerzeit gemeldet, zwei Hamburger Polizeibeamtinnen Selbstmord verübt, was zur Aufdeckung von Missetaten innerhalb der weiblichen Kriminalpolizei und zu Angriffen gegen Frau Erfa führte. Das von Senat beantragte Verfahren wird sich auf alle die Einwürfe erstrecken, die im Zusammenhang mit dem Selbstmord der beiden Beamtinnen gegen das dienstliche Verhalten der Frau Erfa erhoben worden sind.

Kommunalkonflikt und Liebesfahrten
Aus Württemberg wird uns geschrieben: In der Fabrikstadt Kornwestheim, dem Sitz der Salomander-Schuhfabrik, ist ein kommunalkonflikt entstanden, der vermutlich noch erhebliche Konsequenzen zeitigen wird. Gegen den erst vor einhalb Jahren dort gewählten Bürgermeister Dr. Seimle war wegen schwerer Vorwürfe moralischer und finanzieller Natur ein Disziplinarverfahren vom württembergischen Innenministerium eingeleitet worden, dessen Durchführung erst durch die Wiedererlangung seines Amtes ermöglicht wurde. Bei der ausgeschriebenene Wahl trat er im letzten Augenblick wieder als Kandidat auf und erhielt überraschenderweise die Mehrheit der Stimmen. Nach dem, was jetzt über die Natur seiner Verfehlungen bekannt geworden ist, wird das Innenministerium ihm die amtlich vorgeschriebene Bestätigung kaum erteilen können. So hat er im Gemeindeauto private Liebesfahrten gemacht, bei denen er mindestens 9000 Kilometer verfahren hat, und in zehn Fällen Diäten aus der Gemeindefasse erhoben, zu denen er nicht berechtigt war. Wenn jetzt die Bestätigung seiner Wiederwahl verweigert wird, muß die Gemeinde eine Neuwahl des Bürgermeisters anordnen, bei der es hoffentlich zu einem sachgemäßen Ergebnis kommt, als bei der letzten Wahl, wo infolge mangelhafter Aufklärung der Wähler reine Stimmungsmomente den Ausschlag gegeben haben.



Der Gerhart-Hauptmann-Preis für Annette Kolb
Annette Kolb, die Dichterin zahlreicher anmutiger Novellen und Romane, wurde mit dem diesjährigen Gerhart-Hauptmann-Preis ausgezeichnet. Am bekanntesten von ihren Werken sind „Solschögen“ und „Das Exemplar“ (Originalzeichnung von Dolbin).

Doppelfelbstmord im Starnberger See
Starnberg, 24. Nov. Am Sonntag nachmittag wurden bei Kempfenbauer am Starnberger See die Leichen eines jungen Mannes und eines jungen Mädchens gefunden. Die Untersuchungen ergeben, daß es sich um den Erlanger Kaufmann Martin Reich und die 21jährige Studentin Vette Schar, beide aus Erlangen, handelt. Die beiden waren am vorigen Sonntag aus Erlangen nach München gefahren, wo sie ihren Angehörigen Abschiedsbriefe schrieben. Das Paar hatte zuletzt in einem Münchener Hotel geschlafen. Die Leichen durften etwa drei Tage im Wasser gelegen haben.

Explosionen in einem französischen Fort
Paris, 24. Nov. In dem alten Fort St. Catherine von Toulon ereigneten sich gestern abend zwei Explosionen. Drei verdächtige Personen wurden festgenommen; sie sollen zwei Chebbit-Patronen eingeleitet und zur Explosion gebracht haben. Es wurde nur Sachschaden angerichtet.

Unter „königlichen“ Brüdern
Im rumänischen Königshaus, zu dessen Tradition ewige Familienlandes- und Liebesaffären gehören, ist ein neuer schwerer Streit ausgebrochen. Prinz Nikolai, der Bruder des Königs, hat sich heimlich ohne Wissen seines Bruders mit der geisteskranken Baierschen Frau Dumitrescu-Lohan in irgerndem Dorfstädtchen trauen lassen, wodurch er sich den Zorn seiner Familie und besonders des Königs ausgesetzt hat. Dieser ließ kurzerhand das Trauungsprotokoll des Popen beschlagnahmen und zerstückte das Protokoll. Nikolai, der sich widerständig verhielt, wurde die Entziehung sämtlicher militärischer Dienstgrade sowie aller Vergünstigungen des königlichen Hauses angedroht, falls er sich nicht in kürzester Frist von dieser „Resalliance“

losmachte. In dem leichtlebigen und skandalhüftigen Bukarest schmunzelt man vergnüglich über diese neueste „Sensation“, die der Hof geliefert hat.

Im übrigen soll man in Bukarest politischen Kreisen der Meinung sein, daß König Carol am wenigsten Ursache habe, sich über seinen Bruder aufzuregen, dem er schon mehrere Schulbeispiele geliefert haben. . . .

Korruptions-Scandal in Potsdam

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Potsdam wurden der Baumeister Kiehl und der frühere Bauhilfer Gerbrach vom Potsdamer Tiefbauamt verhaftet; mit weiteren Befragungen muß gerechnet werden. Kiehl und Gerbrach haben von der Tiefbau-Firma Dübener in Niebendorf bei Potsdam etwa 13 000 Mark an Bestechungsgeldern erhalten und dafür dieser Firma Bauarbeiten übertragen, obgleich von anderen Bauunternehmern günstigere Angebote vorgelegen haben sollen. Die Firma Dübener hat nun in einer dem Finanzamt Potsdam vorgelegten Steuererklärung noch weitere 120 000 Mark als „Verbüßungen“ angegeben; in Wirklichkeit scheint es sich auch hier um Schmiergelder, von denen etwa die Hälfte nach Potsdam gelangt sein dürfte, zu handeln. Gleichzeitig wird bekannt, daß in Potsdam ein Verein „Draußenloge Sanssouci“ bestand, dessen Mitglieder (vor allem Bauunternehmer und Baubeamte) sich bei der Verteilung von Aufträgen gegenseitig begünstigten. Besonders beim Bau des städtischen Krematoriums und bei der Restaurierung der Heiliggeistkirche in Potsdam sollen die befristeten Handwerker bei der Verlegung ihrer ungewöhnlich hohen Rechnungen keinerlei Schwierigkeiten gehabt haben.

Heroinprozeß im Radio

Im Berliner Heroinprozeß gegen den Chemiker Dr. Erik Müller und eine Reihe weiterer Angeklagter werden die Redaktionen der Staatsanwaltschaft und der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft verhaftet. Das Gericht begründet seinen Beschluß mit der Notwendigkeit, die Öffentlichkeit über den Betäubungsmittel-Schwarzhandel aufzuklären.

Gontard ausgerückt?

Der von der Bullerjahn-Affäre her in sehr unangenehmer Erinnerung stehende Generaldirektor v. Gontard hat die Liechtensteinische Staatsangehörigkeit erworben und in Vaduz, dem Dorado der Steuerflüchtlinge, eine Villa gekauft.

Mord auf dem Gutshof

In einem Gehölz in der Nähe Bugaw im Kreise Greifswald wurde die 51jährige Frau Tekla v. Hennings in Begleitung ihres Mannes, des Rittergutsbesitzers v. Hennings, erschossen. Die tödliche Kugel kam aus dem Lauf eines hinter Tannenzweigen versteckten Jagdgewehrs. Der Schuss war durch einen quer über den Weg gespannten Zwirnsfaden ausgelöst worden.

135 Millionen Defizit bei der französischen Post

Der französische Postminister Guernier hat einem Vertreter des Matin erklärt, die Post-, Telefon- und Telegraphenverwaltung sehe sich infolge der Erhöhung der Betriebskosten und einer durch die Krise verurteilten Rückgang der Einnahmen einem Defizit von 135 Millionen Franken gegenüber. Aus diesem Grunde werde er sich gezwungen sehen, gewisse innere Tarife wie für Druckachen, Postkarten, eingeschriebene Sendungen, Postchecks und gewisse Telexentaxen zu erhöhen.

Der Lübecker Kindersterbenprozeß

MILAN, 24. Nov. In dem von Rechtsanwalt Dr. De zu Verlesung gebrachten Brief des Dr. Lichtwitz heißt es: „Dr. Schminke erzählte mir, daß er Sachverständiger in dem Lübecker Prozeß sei und daß dieser Prozeß mit einem dramatischen Auftakt beginnen werde. Rechtsanwalt Dr. Frey sollte nämlich unter Beweis stellen, daß Dr. Denke absichtlich qualvolle menschliche Tuberkuloseverbreiter verdrängt habe. Ich war darüber so entsetzt, daß ich in recht drastischer Weise etwa so antwortete: „Wer auf diese wahnsinnige Idee gekommen ist.“ Ich wies auf die Persönlichkeit Dr. Denkes hin und erklärte, daß diese Unterstellung für jeden, der Dr. Denke kennt, undisputabel sei. Dr. Schminke hat also nicht von mir Auskunft über Professor Denke eingeholt, sondern ich habe mich spontan in der Abwehr eines gegen Professor Denke geplanten Angriffs über die Persönlichkeit Denkes geäußert.“

Die Verlesung dieses Briefes rief im Gerichtssaal große Bewegung hervor.

Lübeck, 24. Nov. In der Verhandlung des Tuberkulose-Prozesses fand eine ausgedehnte Vernehmung der Schwester Anna Schübe statt. Durch ein umfangreiches Kreuzverhör versuchte man zu klären, ob vielleicht nicht doch eine Verwechslung im Laboratorium vorgekommen sein könnte. Die Laborantin Schübe erklärte mit aller Entschiedenheit, daß sie den humanen Stamm sofort nach seinem Eintreffen von den festen Nährböden auf flüssigen Nährböden abimpfte und den festen Nährböden gleich darnach vernichtet habe. Dr. Welscher sagte aus, er habe die Kultur ins Labor gebracht, aber nicht gesehen, daß die Schwester die Kultur abimpfte. Wer ihm den Auftrag zur Befestigung der Kultur gegeben habe, wisse er nicht genau. Professor Denke bestätigte demgegenüber, daß er die Aufforderung gegeben habe, eine neue Kultur zu beschaffen. Die Verhandlung wurde dann auf Mittwoch vertagt.

Mit 250 000 Mk. durchgegangen

Berliner Bantvorsteher nach Unterschlagungen verschwunden

MILAN, 24. Nov. (Eigene Meldung.) Der 40jährige Bantvorsteher Hans Brügemann aus Moabit, der in leitender Stellung in der Depositenkasse T. der Commerz- und Privatbank in der Frankfurter Allee 20 beschäftigt war, soll, dem Berliner Tageblatt zufolge, nach Unterschlagungen in Höhe von mehr als einer Viertelmillion, die ihm von Kunden zu Privatgeschäften anvertraut worden waren, geflüchtet sein. Nach den bisherigen Feststellungen hat Brügemann die ihm anvertrauten Gelder restlos mitgenommen.

Es fällt zwar schwer
 eine einzelne Zigarette treffsicher zu beurteilen. Aber rauchen Sie einmal den ganzen Tag nur **CLUB**, dann werden Sie erst merken, wie mild und wunderbar diese fabelhafte 3 1/3 Pfennig-Zigarette ist.



Aus dem Gerichtssaal

Politische Schlägerei

Im Karlsruhe, 24. Nov. Wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verurteilte das Schnellgericht in Pforzheim am 8. Juli den 33 Jahre alten Stahlgraveur Herman Krüger aus Gulsfeld zu drei Wochen, den 28 Jahre alten verheirateten Arbeiter Johann Adelt aus Brand zu sechs Wochen Gefängnis und den 25 Jahre alten Säger Karl Kojer aus Waiblingen zu 50 M. Geldstrafe. Die Angeklagten, die der KPD angehören, hatten mit verschiedenen Parteigenossen am Abend des 6. Juli in Pforzheim einen nationalsozialistischen Zeitungsvendler, der sich an der Ecke des Pelshauses Klein mit einem Parteifreunde unterhielt, überfallen. Diese legten sich zur Wehr, wobei ihnen Parteigenossen und Helfern zu Hilfe eilten. Die Kommunisten schlugen mit Schläffeln und harten Gegenständen auf ihre Gegner ein; auf beiden Seiten gab es Schläge und Verletzungen. Die Angeklagten wurden als Täter ermittelt. Gegen das Urteil des Schnellrichters legten sie Berufung ein. Dem wurde die Sache vor dem Karlsruher Strafkammer vorberichtet. Es ergab sich im wesentlichen kein anderes Bild der Vorgänge als in der ersten Verhandlung. Der Anklagenvertreter beantragte die Berufung zu verwerfen. Die Angeklagten haben um ihre Freilassung, da sie in Notwehr gehandelt haben wollen. Die Strafkammer verwirft die Berufung und bestätigte das Urteil des Schnellrichters. In der Urteilsbegründung heißt es, das Gericht sei der Auffassung, daß solche Ausschreitungen von rechts- oder links-politikal Seite mit aller Gewalt bekämpft werden müssen. Wobin es führt, wenn sich die einzelnen Gruppen erlauben, sich am selben Tage gegenseitig anzugreifen, wie es in diesem Fall geschehen ist. Aus diesen Gründen erziehen die ausgeschprochenen Strafen keinesfalls als zu hoch.

Aufwertungsbetrüger

Im Karlsruhe, 24. Nov. Wegen Betrug im wiederholten Rückfall in Tateinheit mit Urkundenfälschung stand der Vertreter G. M. aus Oberpflumbach (Franken), der sich seit 9. Oktober in Untersuchungshaft befindet, vor dem Schnellgericht. Der Angeklagte bestimmte am 29. August dieses Jahres einen Mediziner durch das Vorgehen, er könne als Vertreter einer Stuttgarter Lebensversicherungsgesellschaft die Aufwertung seiner Lebensversicherung regeln, wenn seine Versicherungspolice nebst einem schriftlichen Antrag auf Aufwertung auszubehändigen. Durch einen entsprechenden Bezug in dem schriftlichen Antrag benutzte er sich zur Entgegennahme von 463 M., die er sich ausbezahlen ließ und für seine persönlichen Zwecke verwendete. In 14 weiteren Fällen ließ er sich in Karlsruhe und Durlach von einer Reihe von Leuten auf die Vorpiegelung, er würde die Aufwertung ihrer Lebensversicherung in die Wege leiten, Beträge zwischen 5 und 30 M. ausbezahlen, die er für sich verbrauchte, ohne sich um die Aufwertung zu bemühen. Auf diese Weise gelang es ihm, rund 170 M. zu erschwindeln. Der Anklagenvertreter beantragte eine Zuchthausstrafe von 1 1/2 Jahren. Das Schnellgericht belegte M. mit einer Gefängnisstrafe von 11 Monaten unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft.

Fahrraddiebstahl

Im Karlsruhe, 24. Nov. Wegen Diebstahl verurteilte der Einzelrichter den Zirkusarbeiter Kasjan A. einen Araber aus Tunis, zu 5 Monaten Gefängnis, bei Anrechnung von 12 Wochen Untersuchungshaft. Der Angeklagte gehörte bis zu seiner Defektion im Jahre 1924 der französischen Belagungsarmee an und war dann als Zirkusarbeiter in Deutschland tätig. Beim Zirkus Busch bestahl er seine Landsleute, während sie in der Manege auftraten, in den Wohnwagen. In Heidelberg und Schwetzingen stahl er drei Fahrräder, sowie zwei Seiteltaschen.

Unterbringung der Kautions

Im Karlsruhe, 24. Nov. Der Kaufmann Chr. E. von vier festste einen Buchhalter in seinem Betrieb ein gegen ein Monatsgehalt von 120 M. sowie Stellung einer Kautions von 400 M. Ankauf des Geld sicherzustellen, verwendete er die Kautions in seinem Betrieb und als er nach einem Monat den Buchhalter entließ, war das Geld nicht mehr beizubringen. Betrug hielt das Schnellgericht nicht für erwiesen, hingegen erkannte es wegen Unterbringung gegen den beschriebenen Angeklagten auf 5 Wochen Gefängnis.

Der rabiate Ehemann

Im Karlsruhe, 24. Nov. Wegen Körperverletzung hatte der 23 Jahre alte verheiratete Schlosser Karl B. aus Riefern durch Strafbefehl 80 Mark Geldstrafe erhalten. Er hatte in der Nacht vom 22. auf 25. August in der Gemmaliumstraße in Pforzheim seine Ehefrau zur Rede gestellt, weil sie ihn verlassen und noch kurzer Unterbringung der Frau einen Schlag versetzt, so daß sie einen Unterleibsdarmtraktus erkrankte. Auf den Einpruch des Angeklagten erkannte das Schnellgericht Pforzheim auf drei Wochen Gefängnis. Hierwegen legte der Angeklagte Berufung ein. Die Strafkammer hob das Urteil des Amtsgerichts Pforzheim auf und erkannte auf eine Woche Gefängnis.

Partei-Nachrichten

H. Reutesheim. Die am Sonntag abend hier im „Löwen“ stattfindende öffentliche Versammlung, in der Genosse Reichstagsabg.

Der Baseler Rauschgiftprozeß

Die Leiter des „Welttruffs“ — Das organisierte Laster

In Basel findet, wie wir bereits mehrfach berichteten, in diesen Tagen ein interessanter Prozeß statt. 23 Personen verschiedener Nationalität sind des Rauschgiftschmuggels angeklagt. Hauptbeschuldiger ist der aus Deutschland stammende Chemiker Dr. Fritz Müller. Müller ließ in seinem Laboratorium für etwa 1,5 Millionen Schweizer Franken Kokain und Heroin herstellen und durch die anderen Angeklagten ins Ausland schmuggeln — insbesondere nach Ägypten, Japan und Südamerika. Durch das Verfahren ist man einem über die ganze Welt verbreiteten Schmuggelkonzern für Rauschgifte auf die Spur gekommen. Darüber hinaus gewährt der Baseler Prozeß interessante Einblicke in das „System“ dieses Konzerns.

Seroin statt Kalklein

Der 53jährige Dr. Fritz Müller ist — wie er bei seiner Vernehmung angab — Sohn eines Lehrers; er stammt aus Breisach im Breisgau. In Berlin war er Assistent des Kaiser-Wilhelm-Instituts und gleichzeitig Experte für Nahrungsmittelfälschungen im Polizeipräsidium. Nach dem Krieg übernahm er ein chemisches Laboratorium in Basel. Hier hat er zahllose Mengen von Rauschgift hergestellt und vertrieben oder aus anderen Quellen bezogen und weiterverkauft. Die Geschichte kam ans Tageslicht, als im Oktober des Jahres 1929 auf dem Dampfer „Geparia“ in Genua die italienischen Behörden 8 Kisten erwiderten, die statt des deklarieren Kalkleins 10 Kilogramm Heroin im Werte von 100 000 Mark enthielten. Der Adressat, ein Kaufmann in Kairo, verriet seinen Lieferanten; es war Dr. Müller. Die weiteren Ermittlungen führten zur Enttarnung und Verhaftung der Helfer des Gifthändlers.

Die „Generaldirektoren“

Hauptbeteiligte an diesem Welttruff für Rauschgiftherstellung und -Rauschgiftschmuggel — aber nicht Prozeßbeteiligte! — sind zwei dunkle, fast mythische Personen: ein Russe, Kaskin mit Namen, der offiziell in Wien wohnt, aber fast nie dort zu erreichen ist, und ein Japaner, Mahavoi, der in Kobe in Japan beheimatet ist.

Nach den Feststellungen der Opiumpolizei des Völkerbundes ist Kaskin aller Wahrscheinlichkeit nach Hauptorganisator des Verkehrs von Rauschgiften nach Europa und Amerika. Er besitzt eine eigene chemische Fabrik im Elbisch und verfügt über Anteile an der chemischen Produktion drogenherstellender Länder Europas. Er war es auch, der die Verbindung mit dem Chemiker Dr. Fritz Müller gehalten hat, der sich jetzt in Basel verantworten muß. Von Müller lesen wiederum die Fäden des Rauschgiftschmuggels zur Damburgischen Tamara-Handels-Gesellschaft, die die verbotene Frucht nach U.S.A. befördert.

Der Japaner Mahavoi beherrscht den gesamten Rauschgifthandel Ostiens und Nordafrikas. In China, Japan, Indien, Persien, Siam, Indochina, in der Mongolei gibt es keine Väterhöller, in der nicht viele Agenten sitzen und Rauschgifte vertreiben. In Japan sind sogar besondere Geheiß-Organisationen von ihm ausgeht worden, die Schmierdienste für die Rauschgifthändler leisten mußten. Den Drogenhandel des Orients verlor der Japaner mit selbsthergestellten Material. Soweit bisher festgestellt werden konnte, besitzt er an der türkischen Küste drei große Kokain-Opiumfabriken, in denen alle Rohstoffe erzeugt werden, die für den Gifthandel notwendig sind. Man schätzt, daß er allein nach dem Orient jährlich etwa 5000 Kilo Morphin und 9000 Kilo Heroin liefert. Die lässliche Menge der von ihm hergestellten Rauschgifte ist um ein Vielfaches höher, da auch europäische und amerikanische Rauschgifthändler einen wesentlichen Teil ihrer Drogen von ihm beziehen.

Das Gedächtnis des Kommissars

Die Schmuggelorganisationen des Welttruffs für Rauschgifthandel arbeiten mit den raffiniertesten und ungläublichsten Mitteln. Der Oberkommissar für Palästina, selbst Mitglied des Internationalen Komitees zur Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels, reiste vor einiger Zeit nach Kairo. Bei der Durchsichtung seines Salonmagazins fanden Zollbeamte in seinem Gepäck und in den Pölkern seines Raagens erhebliche Mengen Kokain versteckt. Die Untersuchung ergab, daß in der Begleitmannschaft des Kommissars sich auch Rauschgifthändler befanden, die seit Jahren diese günstige Gelegenheit ungehinderten Transportes der Giftdrogen nach Ägypten benutzten.

In einem anderen Falle beschlagnahmte man auf einem Dampfer in Marseilles Stüdgut. Man vermutete eine Sendung des Japaners Mahavoi. Es waren Säcke voller Walnüsse. Bei genauerer Untersuchung der Nüsse stellte sich heraus, daß jede einzelne Nuss mit Opium gefüllt war.

Auf einer der Karawanenstraßen, die sich vom persischen Golf her ins Innere Ägyptens ziehen, fiel vor einiger Zeit das besondere Gebahren der Dromedare auf. Sie häuften in den Karawanenlagern als religiöse Eiferer aus der Seite der Feueranbeter. Als man ihr lumpenbafftes Gepäck durchsuchte, wurden beträchtliche Mengen Rauschgift gefunden, die auf diese Art und Weise tief nach Ägypten verbracht wurden. Der Japaner konnte sich wahrhaftig keine besseren Schmuggler für den Orient ausfinden, als diese Religionsfanatiker, die überall in Ägypten Zutritt haben und auf diesem Wege unbeobachtet die Drogen vertrieben konnten.

4000 verurteilte Ägypter!

Besonders verheerend hat sich die Wirkung des Rauschgiftes in Ägypten gezeigt. Die ägyptischen Drogen werden durch die Sinai-Wüste eingeschmuggelt. In diesem weiten Gebiete ist der Schmuggel kaum zu bekämpfen, und so kommt es, daß der Rauschgifthandel in Ägypten seine tollsten Blüten treibt. Allein im vergangenen Jahre sind in Ägypten 1200 Kilo Heroin beschlagnahmt worden. Die Behörden schätzen selbst, daß die Einfuhr an Rauschgiften jährlich mehr denn 10 000 Kilo beträgt. Von den dreizehn Millionen Einwohnern des Landes sind nach amt. Schätzung etwa eine halbe Million Menschen den Rauschgiften verfallen. Die ägyptischen Gesetze ermöglichen ein solches Vorgehen gegen die Verbraucher ägyptischer Drogen. Im Jahre 1929 wurden allein 4000 Personen wegen Rauschgiftkonsums abgeurteilt. Aber trotz der draconischen Maßnahmen der Regierung greift das Laster immer weiter um sich, nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder sind schon davon befallen.

Trotz genauer Kenntnis der internationalen Organisation der Rauschgifthändler war bisher eine wirksame Bekämpfung kaum möglich. Die türkische Regierung erklärte sich außerstande, die Produktion des Japaners Mahavoi lahm zu legen. Der Schmuggel an der kleinasiatischen Küste wird mit der besonderen geografischen Beschaffenheit des Küstenstriches in Zusammenhang gebracht. Der Hauptgrund aber wird darin liegen, daß an der Herstellung des Kokain-Opiums größere Kreise beteiligt sind und daß diese Produktion eine wesentliche Einnahmequelle einflußreicher Persönlichkeiten darstellen.

In Basel hat sich ein wichtiger Verbindungsmann internationaler Rauschgifthändler zu verantworten. Aber die wirklichen Drahtzieher dieser ganzen Organisation sitzen hinter der Gerichtsfrent. Sie sind in Sicherheit. Man spricht von ihnen — aber man spricht nicht ihr Urteil.

Schöpslin über das Thema „Gibt es einen Ausweg aus der politischen und wirtschaftlichen Not unserer Zeit?“ sprach, war von etwa 200 Personen besucht und nahm einen ruhigen und schönen Verlauf. Genosse Schöpslin setzte in seinen lehrreichen Ausführungen den aufmerksamen Zuhörern auseinander, daß die heutige schwere Wirtschaftskrise keine Folge der demokratisch-republikanischen Staatsform, sondern eine Folge des unmoralischen kapitalistischen Systems ist. Auch der Frage, wie sich das von der kommunistischen Partei propagierte russische Experiment in Deutschland auswirken würde, widmete Gen. Schöpslin einen Teil seines Vortrages. — In der Diskussion ergriff nur Herr Stadtrat Zörg aus Mannheim als Vertreter der Kommunisten das Wort und es sei auch an dieser Stelle anerkannt, was auch Gen. Schöpslin in seinem Schlusswort betonte, der Herr Zörg ist ein kommunistischer Diskussionsredner, dem man zuhören konnte, was selten der Fall ist. Er sprach in rein sachlicher Weise von dem Referat des Genossen Schöpslin und man hörte nichts von den sonst üblichen Kraftausdrücken wie „Arbeiterverrat“ usw. Bei dieser Versammlung wurde der Beweis erbracht, daß es möglich ist, politische Versammlungen abzuhalten, ohne Raubjungen und Schlägereien.

Aus der Stadt Durlach

Schillerabendfeier der Durlacher Naturfreunde. Es war wirklich eine eindrucksvolle Feierstunde. Gen. Kuhne verband es, die Hörerschaft zu fesseln und Schiller verständlich zu machen. Die Vorlesung einiger Abschnitte der Schillerbiographie, wie sie Wal-

ter von Molo niederzuschreiben hat, die gewählten Gedichte und Szenen aus verschiedenen Schillerdramen, zeigten den Dichter als Revolutionär und Sänger der idealsten Freundschaft. Der Abend war nicht nur ein hoher Kunstgenuss, sondern er schuf für unsere Ortsgruppe eine literarische Grundlage, auf der noch mehr Klassiker und zuletzt auch Arbeiterdichter zu Worte kommen sollen. Wir danken dem Genossen Kuhne, der sich schon so oft und uneigennützig zur Verfügung gestellt hat und wir freuen uns jetzt schon, wenn er wieder bei uns spricht. T. S.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Untergrombach
In der letzten Gemeinderatsitzung wurde u. a. beschlossen, die Straße auf den St. Michaelsberg zu befestigen, um in Zukunft die entlohenen Ausbesserungsarbeiten zu ersparen. Im leiblichen Zustande war die Straße bei Regenwetter fast unpassierbar.

Ehrendank: Georg Schöpslin Verantwortlich: Volmt, Kreisrat Baden, Volkswirtschaftl. Aus der Zeit, keine Nachrichten: E. Gräbner, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten: Baret, Rheinbadische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtspraxis, Neustadt, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Rastatt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Ausblicke, Jodel, Giesele Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Rieger, Schmitzke wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Volksgeduldverlag, Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe

Ein großes Ereignis!

Wir konnten infolge der ungünstigen Wirtschaftslage **grosse Posten Damen-Mäntel** weit unter dem regulären Wert kaufen. Diese Vorteile kommen ausnahmslos unseren Kunden zu. Wir verkaufen:

| | | | | | |
|---|---|--|---|---|---|
| Damen-Mäntel reiuwollen Velour, mit Pelzkragen, engl. Herrenstoffe, in guter Verarbeitung | Damen-Mäntel reiuw. Velour, großer Pelzbesatz, K'Seidefutter, Herrenstoffe, ganz a. K'Seidefutter | Damen-Mäntel reiuw. Velour, großer Pelzkragen, engl. gem. Stoff auf K'Seide auch große Nummern | Damen-Mäntel Diagonal-Velour mit Pelzkragen, auf K'Seide moderne Tweed- u. Marengo-Stoffe | Damen-Mäntel Marengo-Mäntel, Ulsterform, und reinw. Velour mit Pelz auf K'Seidefutter | Damen-Mäntel Velour mit großem Nutria-Lammkragen, Marengo-Mäntel, Pelz, Krag u. Mansch. |
| 13.90 | 16.90 | 19.50 | 23.50 | 26.50 | 29.50 |

unerhört billig! Kinder-Mäntel ebenso billig **Sandauer**

Gewerkschaftsbewegung

Öffentl. Kraftfahrer-Versammlung in Karlsruhe

Der Gesamtverband hatte auf letzten Samstag die in Karlsruhe und Umgebung beschäftigten Kraftfahrer zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Die Versammlung wies einen sehr hohen Besuch auf. Als erster Redner sprach der Sekretär von der Reichsleitung der Berufsstraßenfahrer Kollege Lunam aus Berlin über Wirtschaftskrise und Berufsstraßenfahrer. In ausgedehnter Weise vertrat der Redner die Kraftfahrer in die heutigen Wirtschaftsverhältnisse einzuführen und auf die verkehrte kapitalistische Wirtschaftsweise hinzuweisen. An Stelle der wilden Wirtschaft müsse die planmäßige Bedarfsbedingungswirtschaft treten. An einer vernünftigen Rationalisierung habe sich niemand etwas auszuweisen, sie müsse aber in der richtigen Weise durchgeführt werden und dürfe sich niemals einseitig nur gegen die Arbeiter auswirken. Die Arbeiterkraft müsse der Konzentration des Kapitals die konzentrierten Kräfte der Gewerkschaften entgegenstellen. Die Kraftfahrer insbesondere müssen sich angeschlossen den übrigen Arbeitern im Handels- und Verkehrsgewerbe, wenn sie nicht unermesslichen Schaden leiden wollen. Die im Verkehr beschäftigten Arbeiter, wozu auch die Kraftfahrer gehören, haben eine sehr wichtige Funktion in der Volkswirtschaft auszuüben. Zerstückelungen in kleinen Vereinen und Verbänden führen nicht zum Ziele. Von über 120 000 Kraftfahrern in Deutschland gehören schon weit über 70 000 dem Gesamtverband an. Der Berufsstraßenfahrer hat bei den heutigen Verkehrsverhältnissen eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen. Er wird vielfach in Ausübung seines harten Dienstes bestraft, wofür eigentlich der Arbeitgeber herangezogen gehört. Der Redner wies auf verschiedene Vorkommnisse hin, die in der letzten Zeit bei Ferntransporten passierten. Hier müßten unbedingt die Wagenbesitzer zur Verantwortung herangezogen werden und nicht die Kraftfahrer. Recht interessant waren die Ausführungen des Referenten über die Verkehrsbestimmungen in England. Mit der Aufforderung an die Kraftfahrer, sich zusammenzuschließen, schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen lebhaften Ausführungen.

Als zweiter Redner sprach der Geschäftsführer des Gesamtverbandes, Koll. Höber in Karlsruhe, über die Kämpfe des Gesamtverbandes um die Erhaltung der Arbeiterrechte. Er müsse konstatieren, daß der Gesamtverband in diesem Jahre dem Generalangriff nicht bloß von Reich, Staat und Gemeinden, sondern auch von verschiedenen Arbeitgeberverbänden ausgesetzt war. Ein Befehlendes 1811 Tarifverträge, die vom Gesamtverband abgelehnt wurden. Unter diese Verträge fallen 997 279 Beschäftigte. Wichtige Bestimmungen in diesen Tarifverträgen sollten dem vereinigten Ansturm der Arbeitgeberverbände zum Opfer fallen. Sie blieben erhalten, weil die Kollegen einig waren. Wohl mußten auf dem Gebiete der Lohnpolitik einige Verschlechterungen hingenommen werden, für die aber nicht die Organisation, sondern die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse verantwortlich gemacht werden müssen. Die Wünsche der Arbeitgeber gingen viel weiter als sie erreichen konnten. Unsere Aufgabe sei jetzt, die Organisation, den Gesamtverband, intakt zu halten, damit weitere Angriffe auf bestehende Rechte der organisierten Arbeiter abgelehnt werden können. Das sei möglich, wenn jeder seine Pflicht tue. Die erlittenen Einbußen können bei aufsteigender Konjunktur sehr schnell wieder aufgeholt werden, wenn wir zusammenhalten. Der Gesamtverband habe seit seinem Bestehen als Großorganisation bewiesen, daß er jeder Situation gewachsen ist. Er werde das auch in Zukunft tun. Er sei seinen

Mitgliedern in Zeiten der Not der beste Helfer. Das gebe schon daraus hervor, daß allein die Hauptkasse in Berlin rund 9 Millionen Mark an Unterstützungen aller Art an die Mitglieder im Jahre 1930 ausbezahlt habe. Im laufenden Jahre sei diese Summe noch höher infolge der großen Arbeitslosigkeit. Alle Angriffe auf unsere Organisation müssen daher mit der größten Energie zurückgewiesen werden. Nur Einigkeit mache stark. Auch Kollege Höber fand lebhaften Beifall. — An der anschließenden Diskussion beteiligten sich drei Kollegen, die die gemachten Ausführungen der Redner noch unterstrichen und sich insbesondere gegen die hohen Strafverhängungen richteten, die in letzter Zeit verhängt wurden. Ein Redner wies auf die 50 Unfälle hin, die bis jetzt allein in diesem Jahre bei Bahnübergängen in Baden passierten. In seinem Schlusswort ging der Referent Kollege Lunam auf die verschiedenen Anfragen ein, was allgemein betriebliebe. Hierauf konnte die sehr schön und instruktiv verlaufene Versammlung von dem Sekretär Kollege Geiser mit Worten des Dankes an die Referenten und Diskussionsteilnehmer geschlossen werden.

Schiedspruch für die westfälische Textilindustrie

Im Lohnstreit der Textilindustrie des Münsterlandes, Gütersloh, Bielefeld und Bielefeld wurde heute ein Schiedspruch gefällt, der die Lohnsenkung um höchstens 5 Prozent zuläßt. Er tritt mit Wirkung vom 23. d. M. in Kraft und ist bis 6. Februar untätbar. Erklärungsfrist 26. November.

Die Internationale Transportarbeiterföderation

hielt dieser Tage in Amsterdam eine Vorstandssitzung ab. Den Bericht erstattete der internationale Sekretär Nathans. Der Generalsekretär Timmen befindet sich zur Zeit auf einer Reise im fernsten Osten. Die Regierung von Britisch-Indien hat ihm sowie dem japanischen Transportarbeitervertreter Donetudo das Visum verweigert. Auch die Regierung von Niederländisch-Indien will Timmen die Einreise nicht gestatten.

Die Mitgliederbewegung der I.T.F. ist, wie aus dem Tätigkeitsbericht hervorgeht, zufriedenstellend. Der Zuwachs im Jahre 1930 betrug rund 100 000. Die Internationale zählt jetzt 237 Millionen Mitglieder. Der Zuwachs entfällt hauptsächlich auf Argentinien, Frankreich, Großbritannien und Spanien. Auch die Finanzlage im I.T.F. ist gesund, obwohl die Aufhebung der Goldwährung in England gewisse Schwierigkeiten geschaffen hat. Der Beitrag muß fortan in holländischer Valuta entrichtet werden. Der Tätigkeitsbericht wurde einstimmig genehmigt. — Im weiteren Verlauf seiner Beratungen beschäftigte sich der Vorstand eingehend mit der Lage in Polen sowie mit dem vom Schwedischen Transportarbeiterverband gegen die polnische Regierung ergriffenen Maßnahmen. Polen will die auf polnischen Schiffen fahrenden Seeleute zwingen, sich dem schwedischen Seeländerverband anzuschließen. — Eine internationale Hafenarbeiterkonferenz soll demnächst zur Behandlung des Generalarbeiterabkommens und zur Klärung der Befragung der Hafenarbeiter bei eventuellen Konflikten in der See- und Binnenverkehr einberufen werden. Gegen die zunehmende Kriegsgefahr nahm der Vorstand eine Entschlossenung an, worin an alle angehörenden Kameraden der I.T.F. gerichtet wird, für den Kampf um die Bewirkung des demokratischen Sozialismus zu kämpfen. — Der nächste internationale Transportarbeiterkongress findet im August 1932 in Prag statt.

Letzte Nachrichten

Eine Front der Republikaner

Der Bundesvorstand des Reichsbanners teilt mit, daß der Bundesvorstand heute die Geschäftsführer zu einer Bundesratsversammlung nach Magdeburg einberufen, die zu der politischen Lage Stellung nahm. Die Auffassung der Geschäftsführer ging dahin, daß ein Grund zur politischen Resignation nicht vorhanden, es aber notwendig sei, alle republikanischen Kräfte, Parteien, Gewerkschaften aller Richtungen, sowie die sonstigen republikanischen Organisationen zu einem gemeinsamen und einheitlichen Kampfe gegen den Nationalsozialismus zusammenzufassen. Der Bundesvorstand beauftragte den Bundesvorstand, die Initiative zur Schaffung dieser Front aller Republikaner zu ergreifen. Außerdem beschloß er, eine aus dem Zusage der Reichsbanner für den kommenden Kampf bewährlicher gestaltet werde. Nachdem die Geschäftsführer Arbeiterpartei dazu übergegangen ist, eine eigene Gewerkschaftsorganisation auszubauen, und so verfährt, Zerstückelung in den Reihen des Reichsbanners zu tragen, stellte sich der Bundesrat einstimmig auf den Standpunkt, daß die Nationalsozialisten in der S.A.P. mit der Reichsbanner im Reichsbanner nicht vereinbar ist.

Die Nazis scharf warnen um den Papst

Die Versuche der Nationalsozialisten, mit dem Vatikan in besseren Beziehungen zu kommen, werden jetzt, nach dem ersten mißglückten Vorstoß des Gauleiters Göring, fortgesetzt. Die Nazi-Partei unterführt neuerdings einen offiziellen Delegierten in Rom. Er soll gegenüber dem Vatikan bereits erklärt haben, daß Hitler gegenüber über der katholischen Kirche loyal sei. Dafür soll vom Vatikan ein Ausweis als Gegenleistung verlangt worden sein, daß die deutschen Bischöfe eine mildere Stellung als bisher gegenüber den Nationalsozialisten einnehmen und ihre bisherigen scharfen Erklärungen gegen die Nazis zurückziehen. Boretti sollen diese Bemühungen nicht von Erfolg begleitet gewesen sein.

Der römische Delegierte der Nazis hält im übrigen eine Verbindung mit der Führung der faschistischen Partei. Angeblich hofft er, von den Faschisten ein Haus zu erhalten, in dem er bis am Montag aus etwa 25 Untergruppen der Nationalsozialisten der Nationalsozialisten unterbringen will. In Florenz, Mailand und anderen größeren Städten sollen ebenfalls Auslandsgruppen der Nazis gegründet werden.

Starhemberg verurteilt

Am 24. Nov. Die vom Bischof Dr. Schöber gegen den Bundesführer des Reichsbanners, Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg, erhobene Weisungsbefehl wurde heute im Reichsbannertribunal zu vier Jahren Gefängnis im Reichsbannertribunal verurteilt. Ein Wahrheitsbeweis ist nicht angetreten worden, auch nicht zulässig gewesen, da es sich um Verpötnungen und Schmähungen handelte.

Ladendorff von der Wirtschaftspartei abgelagt

Berlin, 24. Nov. (Via. Draht.) Der Aufsichtsratsvorsitzende der durch betrügerische Manipulationen zusammengebrochenen Reichsbank für Handel und Grundbesitz Ladendorff, der zugleich Vorsitzender der Fraktion der Wirtschaftspartei im preussischen Landtag ist, hat auf familiäre Ehrenämter in der Wirtschaftspartei verzichtet. Am Mittwoch wird sich der Geschäftsführer der Wirtschaftspartei mit dem Antrag auf Aufhebung der Zustimmung des Abgeordneten Ladendorff beschäftigen.

Ein korrigiertes Fehltriteil

Stuttgart, 24. Nov. (Via. MeSa.) Zwölf Stuttgarter Nationalsozialisten standen vor einigen Monaten vor dem Stuttgarter Fehltriteil unter der Anklage des Weisungsbefehls, weil sie sich bei einem Propagandamarsch nach dem Vorort Bojnana mit Scharren ausgetrieben hatten. Sie sind damals unter einer ganz falschen Annahme verurteilt worden. Auf Grund der Bestätigung der Staatsanwaltschaft sind die Angeklagten, unter denen sich einer der berichtigten Sturmführer namens Schwarz befand, der zur Zeit eine Gefängnisstrafe verbüßt, vor der Strafkammer, die zu dem eingeleiteten Ergebnis kam wie das Schöffengericht, und das Fehltriteil der ersten Instanz forgierte, daß sie sämtlich 12 Angeklagte zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt hat.

Die Tochter Eberts gestorben

Die einzige Tochter des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, die mit Landrat Dr. Jaenecke verheiratet war, ist an den Folgen eines Leberleidens im Berliner Urban-Krankenhaus gestorben.

Der neue Präsident im preussischen Landtag

Berlin, 24. Nov. (Via. Draht.) Als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten des preussischen Landtags, Abg. Gen. Bartels, hat die sozialdemokratische Fraktion den Landtagsabgeordneten Gen. Leinert in Vorschlag. Die Wahl Leinerts ist gesichert, zumal die Koalitionsparteien geschlossen für ihn stimmen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Gestern nachmittags ist wesentliche Warmluft nach Deutschland gelangt. Sie hat uns merklichen Temperaturerfolg gebracht. In der Rheinebene wurden heute früh bis zu 10 Grad gemessen, gegen 2-3 Grad gestern früh. Selbst der Hochschwarzwald hatte 4 Grad Wärme. So daß die Niederschläge bei uns allenthalben als Regen fielen. Die Zufuhr von Warmluft wird bis auf weiteres anhalten.

Wetteraussichten für Donnerstag, 26. November: Meist neblig-trübe, regnerisches Wetter, bei wechsellösenden Winden, für die Jahreszeit mild.

Wichtige Preisbereinigung. Bei der herrschenden Geldknappheit müssen allenfalls Sparmaßnahmen ergriffen werden. Da ist es besonders die Hausfrau oft schwer, mit den vorfindenden geringen Mitteln ein notwendiges Mittelsmaß auf den Tisch zu bringen; denn die Hauptlast haben wir, daß die Hausfrau auch die richtigen Maßverhältnisse (Kalorien) erzieht, daß der Einkauf zur richtigen Zeit erfolgt und das Geld nicht in unüberverteltes Bare, für Unnützes ausgegeben wird. Um die Hausfrauen mit Rat und Tat hier beizuhelfen, hat der Bad. Preisverein vom 1. November ein Ausschreiben mit verschiedenen Rezepten zum Preisfestsetzen herausgegeben, die von einer leiner Ausschreibung zum festgesetzten und praktisch erprobt worden sind. Es wird erwartet, daß ein ausreichendes notwendiges Mittelsmaß für 30 bis 40 Personen herbeigeführt werden kann. Das Ausschreiben ist zum Preis von 25 Pf. beim Badischen Preisverein vom 1. November — Landesverein — Kaiser-Str. 20, zu beziehen.

Kleine bad. Chronik

Die Brandsteeche Im Amt Wehrloch

Gutenstein. Am Dienstag abend gegen 6 Uhr brach in dem Wohn- und Deloniesgebäude des Landwirts Eduard Biederer II ein Brand aus, dem das ganze Anwesen mit dem größten Teil des Inventars zum Opfer fiel. Die Motorspritze von Stetten a. M. mußte zur Hilfeleistung herangezogen werden. In der Nachbarschaft war das Anwesen der Witwe Sauter gefährdet. Der Gesamtschaden beträgt etwa 15 000 bis 20 000 Mark. Als Brandursache vermutet man Kurzschluß.

Drei Brände an einem Tag

D3. Weiber (Am Bruchsal), 24. Nov. Kaum hatten sich die Bewohner vom nächtlichen Brand im Hirschen etwas beruhigt, als gestern mittags 12 Uhr die große Scheuer des landwirtschaftlichen Konsumvereins in Flammen stand. Das große Gebäude mit 400 bis 500 Zentner Heu und Stroh wurde vollständig eingeeicht, da die Feuerwehre machtlos war.

Nachmittags gegen 4 Uhr stand die benachbarte Scheuer des Landwirts Dembeger in Flammen und brannte ebenfalls mit den Vordächern nieder. Nur das Wohnhaus konnte noch gerettet werden. Es liegt in allen drei Fällen Brandstiftung vor, wie auch bei dem Brande vor acht Tagen. Es sind zwei junge Weiber als der Brandstiftung dringend verdächtig verhaftet worden.

Stunde des Chorgesangs. Am Sonntag, 29. November, 14 Uhr, überträgt der Süddeutsche Rundfunk aus Mühlacker eine „Stunde des Chorgesangs“ unter Leitung von Oskar Müller, Forstheim. Mitwirkende sind: Der Arbeitergesangverein Lieberkranz 1872, Wipringen, der Arbeitergesangverein Dieblingen, der Arbeitergesangverein Gutenbergs, Forstheim, der Volkshor Darmens-Mühlacker und der Männergesangverein Lomersheim.

Vom Süddeutschen Rundfunk. Montag, 30. November, 18.40 Uhr, hat der Südd. Rundfunk einen Vortrag aus Frankfurt a. M. in sein Programm aufgenommen, betitelt: „Die kritische Bedeutung des Schlichtungswesens“. Redner: Dr. G. Böse, Heidelberg. — Am Mittwoch, 2. Dezember, 19.05 Uhr, spricht Amisgerichtsdirktor Dr. Kalle, Stuttgart, über: „Kurzarbeit und Stilllegung“.

Schwerer Verkehrsunfall

D3. Mühlhausen (Amt Wiesloch), 24. Nov. Der 25jährige Chauffeur Paul Müller kam gestern mit seinem Lieferwagen von einer Tour zurück. Auf der Heimfahrt bog er in eine falsche Straße ein. Sein mitfahrender Vater stieß dabei vom Wagen ab, um seinem Sohne die richtige Straße zu zeigen. Beim Absteigen geriet er aber unter die Hinterräder des Wagens und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

* Ruffingen (Zauberhofsheim). Montag früh kurz nach 3 Uhr brach in der Scheune der Witwe Wabette Geiger zum „Engel“ Feuer aus, das sich auf die Stallung übergriff. Die beiden Gebäude lagen bald in Schutt und Asche. Das Vieh konnte gerettet werden, daneben sind die Hühner in den Flammen umgekommen. Mit der Scheune sind auch viel Getreide und Futter, sowie Maschinen dem verderbenden Element zum Opfer gefallen.

* Mannheim. Im Käferlager Wald, unweit des Wasserwerks, wurde am Montag nachmittags ein Mann in Straßenbäderuniform in hinker Stellung unter einem Baum erdabt aufgefunden. Aus Papieren, die bei dem Toten aufgefunden wurden, geht hervor, daß es sich um den 48jährigen Straßenbahnführer Johann Bucher, wohnhaft Humboldtstraße, handelt. Was den Unfalltod zu seinem Verzweiflungsschritt getrieben hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

* Heidelberg. Der frühere Sparkassenbeamte Krumpholtz, der im Frühjahr dieses Jahres nach Unterfrankens von über 40 000 M. Michtig gegangen war, ist gestern nachmittags mit einem kleinen

Trupp anderer Häftlinge in Heidelberg eingetroffen. Er wurde mit dem Gefangenenauto ins Amisgerichtsgefängnis eingeliefert.

Mühlheim, 24. Nov. Gemeiner Rabenstreich. Dem Handelsmann Gustav Waver verhängten die Mühlhäuser eine Rabe, der sie einen Strich abgehängt. Das Tier mußte notgeschlachtet werden. Von den Raben fehlt jede Spur.

Wasserstand des Rheins

Basel 3, gest. 1; Malsbühl 192, gef. 2; Schutterinsel 46, gef. 3; Rehl 210, gef. 8; Marx 362, gef. 1; Wannheim 234, gef. 2; Caub 152, gef. 3 Zentimeter.

Veranstaltungen

Mittwoch, den 25. November 1931:

Badisches Landestheater: Nina, 19.30 Uhr.
Festhalle: 3. Sinfoniekonzert, 20 Uhr.
Gesellschaftstheater: Der Großstadt-Kavaller, 20 Uhr.
Badische Musikvereine: Das Flötenkonzert von Sinfoniet. Konzertanlage: Jubiläumsmarsch von Grieg, 20.30 Uhr.
Giorgio-Palast: Wo die Wolke steht. So hat für Sie ein dieses Symphonie. Welprogramm.
Kammer-Musik: Ne wieder Liebe. Welprogramm.
Palast-Theater: Menschen hinter Gittern.
Sinfoniekonzert: Märchenoper: König Rotherbart, Ring Pong 19.30 Uhr. . . . und das ist die Hauptfeier, 16 Uhr.
Kab. Kunstverein: Waldemar Gölle-Gemälde und solche ansvariger und Karlheuer Künstler, 10-13 und 14-16 Uhr.
Gefanten: „Wir Freienden im Kampfe gegen den Bolschismus.“ 20 Uhr.

Kabarett Emma Darmstadt-Stern. Mittwoch, 2. Dezember, findet in der Entsch. ein Kabarettabend von Emma Darmstadt-Stern statt, den das Mühlhäuser Konservatorium veranstaltet, und der wegen seines originellen Programmes besonders interessanter dürfte. Der erste Teil des Programms bringt alle vor — Wache Wuff und schließlich mit Raab großartiger Vocata in 35-Ton. Im zweiten Teil gelangt im Gesangsduo dieu ganz moderne atonale Musik zur Aufführung und zwar in der Form musikalischer Rätsel, denen ein einleitender Vortrag voraussetzt. Das Programm schließt mit 3 Stücken: Improvisation 35-Ton und zwei selten geübten Präludien von Chopin.

Lichtspielhäuser

Gebrüder Grimm Märchen im Reff!

Adina Dreißler als Märchenfilm nach dem Gebrüder Grimm nach erzählt und in Bildern dargestellt. Selbst in unserer heutigen fernen Zeit ist man über den Wert der Märchen und damit auch der Märchenfilme für die Kleinsten der Kleinen ungeteilter Meinung. Jede Mutter wird, wenn sie es nur einwachen ermaßlichen kann, gern die durch solche Märchenvorstellungen gebotene Möglichkeit erhalten, ihrem Kleinen eine harmlose, aber doch an Abenteur reizende Unterhaltung zu bieten. Eingeleitet wird die Märchenfilm-Vorstellung durch die Darstellung einzelner Märchen, die allen Kindern reichlich Gelegenheit zum Nachdenken geben. Die Vorstellungen finden statt: Mittwoch, Samstag, jeweils 2 Uhr, Sonntag 11 Uhr. Die Eintrittspreise sind sehr mäßig gehalten: für Kinder von 3 bis 90 Pf., für die begleitenden Erwachsenen von 0.50 bis 1.50 M. In höherer Reihe haben die Direktoren haben den Kindern der Preisbefähigten und Preisgeheimen, sowie den Kriegerveteranen Donnerstag und Freitag das Residenz- und Volkshaus referiert.

Vereinsanzeigen

Die zu 4 Jellen 80 Pf. die Stelle. Bei 5 u. mehr Jellen 80 Pf. die Stelle. Vergütungsmittel haben unter dieser Rubrik in der Regel ihre Aufnahme, oder werden von der Redaktion abgelehnt.

Karlsruhe.
Volkshor-Weh. Morgen, Donnerstag abend 7/8 Uhr, Zulassung der Sänger zu einer Ehrung. Anschließend findet Singstunde statt. (Berlegung umständelicher.) Am Weiterverbreitung wird gebeten. 8503

F.F.A. Süd (Handball). Freitag 7/8 Uhr Spielerverammlung im „Gambirius.“ 8514

F.F.A. Winterport. Freitag abend 8 Uhr Wochabend mit praktischen Vorführungen im Lokal „Gambiriusballe.“ 8515



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

25. November 1931.

1855 *Georg Plechanow, Begründer der russischen Sozialdemokratie. — 1906 †Sostakoff August Dreesbach. — 1918 Jugoslawien konstituiert. — 1912 Internationale sozialistische Friedensdemonstration in Basel. — 1919 Reichswehr in Potsdam darf den Vorwärts nicht lesen.

Sie haben ihn

Ein Explosivkörper als Kampfmittel der Halentzueker.
Wir berichteten kürzlich, daß anlässlich der Revolutionen der Sozialdemokratischen Partei im großen Festhallaesaal ein Explosivkörper auf den Boden der Festhalle gelegt wurde, der dann auch explodierte. Der Polizeibericht meldet nun:

Wegen großen Unfalls gelangt ein 21 Jahre alter Ausläufer von hier, der Mitglied der NSDAP ist, zur Anzeige, weil er am 8. November bei der Revolutionenfeier der SPD in der Festhalle nach Verlassen des Saales einen unexplodierten Explosivkörper auf den Boden fallen ließ, der explodierte, als ein Teilnehmer an der Veranstaltung beim Herausgehen aus der Festhalle auf ihn trat.

Natürlich war es ein Nazi! Nur bei ihnen werden derlei Kampfmittel zur Anwendung gebracht, sie gehören ebenso wie Dolche, Revolver, Trommelschlegel und weiße Mäule zu den legalen Kampfmitteln. Der Täter ist also ermittelt, ein 21jähriger Mensch! Ein Verführer, ein Irregeleiteter, ein Opfer der politischen Fehle der Nazis. Er wird bestraft werden, ungefragt bleiben aber diejenigen, die derlei junge Menschen in der unverantwortlichsten Art verheizen, das politische Leben vergiften, nämlich die intellektuellen Urheber berattener Lausbubereien.

So ungefährlich der Explosivkörper an sich war, hätte er doch beim Explodieren während der Veranstaltung durch den Knall eine Panik hervorrufen können, deren Folgen recht schlimme hätten sein können. Daß die Sache so harmlos abging, dafür kann der junge Ausläufer nichts, wie auch seine Verführer daran unschuldig sind. Der Zweck des „Fallenlassens“ des Explosivkörpers wurde also nicht erreicht, wahrscheinlich zum Leidwesen derer, um Halentzueker.

Bahisches Landestheater. Die Schillertragödie „Der Geau“ des jungen Dichters Friedrich Höpfer, die am Freitag, 27. November, von Fritz Baumback in Szene gesetzt, zur hiesigen Erstaufführung kommt, ist eine Erstlingsarbeit. Daß für als solche jetzt am mehr als fünfzig der namhaftesten deutschen Bühnen ungewöhnlich eindringliche Wirkung bewirkt wird, wird dadurch erklärt werden dürfen, daß dieses Schicksal eines jungen Menschen vom Dichter aus dem Gefühl heraus gestaltet und nicht erklüftet ist, daß es auch über den einzelnen Fall hinaus bedeutungsvolles enthält. — Die Titelfolle des „Geauen“ spielt Joachim Ernst.

Von der Notgemeinschaft

Mitglieder- u. w. Sammlung der Notgemeinschaft

Die Sammelkolonnen der Notgemeinschaft werden ihre Sammelstätigkeit wie folgt fortsetzen: Am Mittwoch, den 25. November die Sammelkolonne I im Stadtgebiet zwischen Kaiserstraße, Karlstraße, Kriegsstraße und Westendstraße; die Sammelkolonne II zwischen Kapellenstraße, Durlacher Allee, Schlachthausstraße und Kriegsstraße. Am Freitag, den 27. November, die Sammelkolonne I zwischen Hindenburgstraße, Moltkestraße, Blücherstraße, Regenauerstraße und Dunkelstraße (Gardwaldd-Stieblung); die Sammelkolonne II zwischen Altpurter Straße, Stuttgarter Straße, Eisenbahnaußerbauwerk und Güterbahnhof.

1. Spendenverteilung der Notgemeinschaft

Bisher hat die Karlsruher Notgemeinschaft nur gesammelt und geworden, allerdings mit dem erfreulichen Ergebnis, daß bisher bereits 65 000 M. an Spenden eingegangen sind. Nunmehr geht es auch an die Spendenverteilung. Der Arbeitsausschuß hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, anfangs Dezember Brennstoffe und Lebensmittel auszugeben und zwar den Gruppen A und B 3 Ztr. Kohlen oder Briketts, die Gruppen C und D 2 Ztr. Briketts und die Gruppen E und F 1 Ztr. Briketts. Die Gruppe A erhält außerdem 1/2 Ztr. Brennholz. Jeder in den Gruppen A—F eine entsprechende Bedarfsmenge erhält weiter entweder 1 Ztr. Kartoffeln oder 1 Lebensmittelpaket in Höhe von 2 M.

Für die Spendenausgabe sind für die Bedürfnisse folgende Ausgabeseiten festgelegt: Für die Gruppen A und B der 30. November, für die Gruppe C der 1. und 2. Dezember, für die Gruppe D der 3. und 4. Dezember, für die Gruppe E der 7. und 8. Dezember, für die Gruppe F der 9. und 10. Dezember, jeweils zwischen 9—12 und 15—17 Uhr. Diese Einteilung ist im Interesse einer geregelten Abfertigung genau einzuhalten. Die Notgemeinschafts-Ausschüsse sind unter allen Umständen bei Abholung der Gutscheine mitzubringen.

Kennzeichnungen können des starken Andrangs wegen bei der Spendenausgabe wegen in der Zeit vom 30. November bis 12. Dezember nicht erfolgen. Die nach dem 12. Dezember zur Anmeldung kommenden Bedürftigen erhalten ihre Guben erst später.

Der Spaltplatz Seydewitz in Karlsruhe

Ein tägliches politisches Kaspertheater

Am Montag sprach Seydewitz im Zielersaal hier in Karlsruhe. Dreieiertel der Versammelten waren Kommunisten; außerdem war noch ein Häuflein Nazis erschienen. Ueber die Versammlung schreibt uns ein Jugendgenosse:

Gewisse kleine Kreise waren auf das Auftreten von Seydewitz in Karlsruhe gespannt, vor allem interessierte die Haltung der Kommunisten, die Seydewitz am Sprechern hindern wollten. Wenn sie am Dienstag in die Versammlung im Zielersaal kamen um ihr Schicksal ins Trockene zu führen, so dürften sie wenig Glück gehabt haben. Seydewitz, unterrichtet davon, daß sicher dreieiertel der Versammlungsbesucher Anhänger der Kommunisten waren, hatte sich von Anfang an die größte Mühe gegeben, bei der SPD nicht anzuklopfen. Er ging mit seinen Zuwendungsstellen sogar so weit, daß es den SWP-Leuten bald zu viel wurde. Wenn diese Zwischenfälle der Kommunisten ein Bild der geistigen Einstellung ihrer Partei darstellten, so konnte es einem wirklich leid tun. Die Kommunisten sollten sich von dem Einheitsnackel losmachen und von ihrem Zerwürf zu glücken, damit die sozialdemokratischen Arbeiter fördern zu können. Die Einheit der Partei kann nicht so verstanden werden, daß man unter falscher Flagge jagelt, nur um die Arbeiter vor den eigenen Parteikollegen zu spannen. Als Seydewitz dann auf die Ursachen und Auswirkung der heutigen Krise zu sprechen kam und die Kommunisten weiter ihre Bemerkungen dazu machten, rief der Redner ihnen zu, sie möchten doch auf den Markt gehen und dort dumme Bemerkungen machen. Eine politische Versammlung wäre aber nicht der Ort dazu. Es gibt noch sehr viele

Wohnungswirtschaft in Not!

Am 20. November 1931 hat im Plenarsitzungsraum des Reichstags eine große Kundgebung stattgefunden mit dem Zweck, das ganze Volk, insbesondere aber die Reichs- und Länderregierungen auf die große Not und die damit verbundenen Gefahren aufmerksam zu machen, in die die Wohnungswirtschaft, namentlich der Neubaubestand, durch die augenblicklich herrschenden Verhältnisse geraten ist.

Die Kundgebung war vom Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften Berlin veranstaltet. Neben den Vertretern des gemeinsamen Wohnungsbaus aus allen Teilen des Reiches, waren auch Vertreter des privaten Neubaubestandes eingeladen und erschienen. Als Hauptredner führte der Direktor des Hauptverbandes Deutscher Baugenossenschaften, Oberregierungsrat a. D. Dr. Weber, etwa folgendes aus:

Die Baugenossenschaften haben schon lange vor dem Kriege durch Erhaltung von Wohnungen sehr beachtliches geleistet und es aus kleinen Anfängen heraus zu großen Leistungen gebracht. Sie waren es gewohnt, daß ihre Arbeit auf Selbsthilfe abgestellt ist, sie haben nicht nur für ihre Mitglieder Wohnungen geschaffen und aus diesen heraus große Kapitalien zusammengedrückt, sie haben darüber auch den Volksgenossen wichtige Dienste getan. Insbesondere durch den Krieg haben die Baugenossenschaften ihre großen Erfahrungen auf dem Gebiete des Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt und den Wohnungsbau in den damals recht unklaren Verhältnissen in erheblichem Umfang aufgenommen und dadurch ebenfalls der Allgemeinheit wertvolle Dienste geleistet. Von den in Deutschland etwa 2 Millionen Nachkriegswohnungen haben die Baugenossenschaften etwa ein Drittel erstellt, in denen etwa 3 Millionen Menschen wohnen.

Durch die immer schärfer werdenden Einkommensverhältnisse der Mieter ist es nicht mehr möglich, die hohen Mieten der nach 1924 gebauten Wohnungen zu zahlen, weil die Zinsen, die sie für die Baukapitalien zu zahlen haben, nicht gekunken sind, auch die sonstigen Ausgaben wie Wasserzähl, Kanalgebühren usw. nicht niedriger geworden sind. Die Verrentung des Baukapitals macht allein ungefähr 75 Prozent der Miete aus. Trotzdem hat die Miete der Baugenossenschaften bisher alle erdenkliche Mühe gegeben haben, ihre Mieten zu zahlen, ist ihnen dies in vielen Fällen eben ein wenig nicht mehr möglich, weil sich durch Arbeitslosigkeit und Lohnrückgänge ihr Einkommen zu stark gemindert hat. So haben die Mietrückstände immer zugenommen. Nach einer vom Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften vorgenommenen Statistik, die sich über ganz Deutschland erstreckt, haben die Mietrückstände der Neubaugewohnungen der Genossenschaften Ende September 8 Prozent, Ende Oktober 10,2 Prozent der Miete betragen. Die Rückstände werden immer größer und können kaum mehr nachgeholt werden. Die Mieter der Baugenossenschaften wissen, daß sie mit ihrer Genossenschaft Bande ideeller Natur verknüpfen, die sie nur im äußersten Notfall lösen wollen und sie bezahlen deswegen ihre Miete solange es irgend geht, weil sie zu ihren Genossenschaftsleitern das Vertrauen haben, daß sie ihnen keine höheren Mieten abnehmen, als unbedingt notwendig ist. Wenn aber heute die Träger des gemeinnützigen und privaten Wohnungsbaus an die Öffentlichkeit und an die Regierungen mit dem Ruf herantreten:

Wohnungsbau in Not,

dann besteht diese Not bis an die Grenze des Erträgliches und wenn keine Hilfe in irgend einer Form rasch und gründlich kommt, dann bricht eben der ganze private und genossenschaftliche Wohnungsbau zusammen.

Die bestehende Not des Neubaubestandes ist nicht von den Trägern des Wohnungsbaus verstanden, sie ist einsig und allein die Folge unserer schändlichen wirtschaftlichen Lage. Deswegen haben diese betroffenen Kreise auch ein Recht auf die Hilfe seitens des Reiches und der Länder. Kommt diese Hilfe nicht, dann müßten die Neubaugewohnungen an der Gerechtigkeit verzweifeln, wenn sie leben,

wie man dem Altbaubestand mit den noch wesentlich niedrigeren Mieten durch Senkung der Gebäudebesitzersteuer hilft, die in viel größeren Mieten sich befindlichen Neubaubestände aber in ihrer Not ihrem Schicksal überläßt. Der gute Wille allein kann nicht mehr helfen. Der Hauptverband D. B. hat der Reichsregierung schon vor Wochen eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie geholfen werden kann.

In der Hauptsache wird vorgeschlagen, Zins und Tilgung der Gebäudebesitzersteuerhypotheken zu senken bzw. auszuheben. Die dazu nötigen Mittel müssen aus dem Ertrag der Gebäudebesitzersteuer genommen werden. Gebaut wird jetzt ohnehin kaum werden und es ist besser, das Geschaffene zu erhalten, als etwa neue Wohnungen zu erstellen. Dazu muß aber die Gebäudebesitzersteuer in mindestens der bisherigen Höhe erhalten bleiben.

Neben verschiedenen anderen Vorschlägen taucht auch immer wieder der auf, die Zinsen für erste Hypotheken zwangsweise herabzusetzen. Wenn auch dieser Gedanke zweifellos manches Befriedigende an sich hat, so würde eine derartige Maßnahme das Vertrauen der Geldgeber erheblich erschüttern, was einem künftigen Wohnungsbau sehr schaden würde. Allerdings muß man erwarten, daß bei dem immer mehr sinkenden Einkommen aller Kreise der Zinsfuß sinken sollte, so daß die Zinsen freiwillig sinken und die Geldinstitute sollen die Zinsen freiwillig sinken lassen, bevor eine zwangsweise Senkung mit all ihren Nachteilen kommen muß, da die Geldgeber an der Erhaltung der Wohnungswirtschaft erhebliches Interesse haben.

Besonders muß ein Schutz dagegen verlangt werden, daß dem Neubaubestand Hypotheken gekündigt oder die Hypothekenzinsen anstatt ermäßigt, noch erhöht werden, wie es vorgekommen ist. Ein solches Vorgehen ist heute ein Verbrechen am Volk und muß verhindert werden.

Im Hauptauschuß des reichlichen Landbaus ist ein Antrag von allen Parteien angenommen worden, dessen Inhalt sich ungefähr mit dem vom Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften vorgebrachten Wünschen deckt und dessen Durchführung eine vollständige Erleichterung bringen würde. Zu hoffen sei, daß dieser Antrag auch im Plenum angenommen wird und sich das Reich und die Länder zu ähnlichen Maßnahmen entschließen. Man muß sich darüber vollkommen klar sein, daß es einen zukünftigen Wohnungsbau nicht gibt, wenn die augenblickliche Not nicht meistert. Das Vertrauen zum Staat darf nicht enttäuscht werden, indem man dem Altbaubestand hilft, dem Neubaubestand aber nicht. Nicht nur die wirtschaftliche Vernunft gebietet es, dem Neubaubestand zu helfen, es gilt auch, Recht, Vertrauen und Moral zu stützen. Nachdem noch einige Redner besondere Schwierigkeiten geschildert, auch auf die große Ungerechtigkeit hinwiesen hatten, die darin besteht, daß arbeitlosen Mietern in Altbauwohnungen durch Erlass der Gebäudebesitzersteuer die Miete ermäßigt wird, während eine solche Verminderung bei den ohnehin schon wesentlich höheren Mieten der Neubaugewohnungen nicht möglich ist, ist einstimmig eine Resolution angenommen worden, in der um Hilfe für den Neubaubestand gebeten wird.

Die Überaus gut besuchte Versammlung war geeignet, die Not des Neubaubestandes eindrucksvoll zum Ausdruck zu bringen. Allen Neben kam die große Sorge um die Erhaltung des Neubaubestandes heraus. Wenn nicht bald ausreichende Hilfe kommt, besteht für den Neubaubestand eine große Gefahr. All die großen Leistungen der letzten Jahre auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und der Wohnungsreform wären fruchtlos, wenn der größte Teil der Neubaugewohnungen wieder in alte billige Wohnungen übergehen müßte, die infolge der großen Nachfrage immer teurer werden würden. So würden auf der einen Seite die Altbauwohnungen ungerechtfertigte Vorteile haben, während auf der anderen Seite die Neubaugewohnungen zugrunde gehen müßten. Wohnungsüberfüllung mit all ihren schrecklichen Folgen wäre nicht zu vermeiden. Man muß deswegen erwarten, daß die Regierungen die ungeheuren Folgen überleben und jetzt helfen, das Geschaffene zu erhalten, so lange es noch Zeit ist.

die die rote Fahne auf die Rede Brechtens gab, könne er unterbrechen. Das ist der Wille zur Einheit!

Seydewitz sagte zum Schluß: Eine Einheitsfront, wie sie in manchen Kreisen lauft, ist von vornherein aussichtslos. Man kann sich nicht auf der Basis einigen, daß man verlangt, der andere hat zu gehorchen. Die Kommunisten sollen doch nicht glauben, daß sie bei den sozialdemokratischen Arbeitern einen Erfolg haben, wenn sie einen Keil zwischen Führerschaft und Masse treiben wollen, das ist ein aussichtsloses Unternehmen.

Dann sang man zusammen die Internationale. Alles war einig bis zum Refrain, wo die Kommunisten sangen, „die dritte Internationale erduldet das Menschengeschick“. Einer meinte, „schon wieder Spaltung“.

Bezirksratsitzung

vom 24. November 1931

Es fanden folgende Konzessionsgesuche Genehmigung: des Richard Sauter zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur Stadt Baden“, Kriegsstr. 120, des Karl Seib hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Bürgerhof“, Rheinstr. 15, des Joim Summ hier, zum Betrieb des Konditoreifasses mit Ausschank alkoholfreier Getränke einschließlich Milch im Hauwe Karlstr. 37, der Elisabeth Kirchner hier, zum Betrieb einer vegetarischen Speisewirtschaft mit Ausschank alkoholfreier Getränke im Hauwe Kaiserstr. 206 a, dem Turnverein Durlach-Aue um Stellvertretererlaubnis für Emil Seib zum Betrieb des Volkscafes, des Johann Bender in Dohrenweilersbach zum Betrieb der Realisanzwirtschaft „Zur Ranne“, des Emil Ulrich in Leutichneureut zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachthofe auf dem Anwesen Rühlstr. 12, der Beschwerde des Wärdemeisters August Arbeit in Gerdingen wegen Bezug zu den Kosten der Rationalisation wurde stattgegeben.

Einem Antrag des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten e. V. auf Befreiung der Ausnahmen vom Gebot der Sonntagsruhe auf zwei Sonntage vor Weihnachten hat der Bezirksrat ein Gutachten in zustimmendem Sinne abgegeben. Hela.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

Der Geschäftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1930 führt aus, daß trotz aller Bemühungen eine ganze oder teilweise Weiterführung des Werkes nicht möglich war und deshalb die Maschinen und Einrichtungen zwecks Vermeidung weiterer Verluste verkauft werden mußten. Das abgelaufene Geschäftsjahr 1930 stand avanssächlich ganz im Zeichen der Abwicklung. Im Berichtsjahr ist ein neuer Verlust in Höhe von 738 480,30 M. entstanden. Zur Verringerung dieses Verlustes wird vorgeschlagen, den künftigen Referendums in Höhe von 274 000 M. aufzulösen, wodurch sich der Verlust aus 1930 auf 464 480,30 M. ermäßigt. Mit dem Verlust aus dem Vorjahre von 1 488 654,01 M. ergibt sich dann ein Gesamtverlust von 1 953 134,31 M., der auf neue Rechnung übernommen werden soll. — Generalversammlung am 11. Dezember.

